

Bezugspreis:

Wöchentlich 70 Goldpfennig, monatlich 2.- Goldmark voraus zahlbar. Unter Kreuzband für Deutschland, Danzig, Saar- und Rheinland, Ostpreußen, Litauen, Preußen 4.50 Goldmark, für das übrige Ausland 5.50 Goldmark pro Monat.

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Voll und Voll“ mit „Siedlung und Kleingarten“, sowie der Unterhaltungsbeilage „Heimwelt“ und Frauenbeilage „Frauenstimme“ erscheint wöchentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegraphische Adressen: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreise:

Die einseitige Kopierbeilage 0,70 Goldmark, Reklamette 1.- Goldmark. „Kleines Anzeigen“ das festgedruckte Wort 0,20 Goldmark (unilässig zwei festgedruckte Worte), jedes weitere Wort 0,10 Goldmark. Stellensuche das erste Wort 0,10 Goldmark, jedes weitere Wort 0,05 Goldmark. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Familienanzeigen für Abonnenten Seite 0,30 Goldmark. Eine Goldmark — ein Dollar geteilt durch 4,26.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Geöffnet von 9 Uhr früh bis 6 Uhr nachm.

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Redaktion: Dönhoff 292-295
Verlag: Dönhoff 2506-2507

Donnerstag, den 23. Oktober 1924

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Postkontonr.: Berlin 375 36 — Bankkonto: Direktion der Diskonto-Gesellschaft, Depositenkass. Lindenstraße 3

Zum Kampf bereit!

Tagung der Reichstagsfraktion und des Parteiausschusses.

Am Mittwoch trafen die Mitglieder der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion und die Mitglieder des Parteiausschusses in bester Stimmung zu einer Konferenz im Reichstagsgebäude zusammen. Nach einer kurzen Begrüßung durch den Genossen Weis erstattete Genosse Hermann Müller den Bericht über die geschlossenen Regierungsverhandlungen. Der Sozialdemokrat sei es zu danken, daß der Versuch mißglückt sei, die Regierung einseitig nach rechts zu erweitern und einen Block der Kapitalisten gegen das deutsche Volk aufzurichten. Auch der Wahlkampf habe das Ziel, diesen Beißbürgerblock zu verhindern, den außer den Demokraten alle bürgerlichen Parteien erreichen wollen. Die deutsche Politik dürfe nicht mehr unter der Führung der Propagandisten für die Reaktion und der Monarchisten sowie der Junker und der Großkapitalisten geraten. Es gelte zunächst die Republik zu sichern und die Befriedung Europas herbeizuführen, die durch die Außenpolitik der Sozialdemokratie eingeleitet worden ist. Im Mittelpunkt dieses Kampfes stehe der soziale Schutz aller Schwachen, für den die Sozialdemokratie sich mit allen Kräften einsetzen werde.

Nach kurzer Aussprache billigte die Fraktion und der Parteiausschuss einmütig die Haltung des Vorstandes. Der Parteivorstand wird den Wahlauftritt in den nächsten Tagen veröffentlichen. Nach der Besprechung organisatorischer Fragen erreichte die Sitzung, die von der Siegeszuversicht der Partei, der Schlagkraft der sozialdemokratischen Organisation und der Begeisterung der Massen des werktätigen Volkes Zeugnis ablegte, in der zweiten Mittagsstunde ihr Ende.

Die Vorbereitungen der Parteien.

Der Vorstand der demokratischen Partei hat für den 2. November einen außerordentlichen Parteitag nach Berlin einberufen. Auch der Parteivorstand des Zentrums wird in Berlin und nicht, wie ursprünglich vorgesehen war, in Frankfurt am Main stattfinden. Er ist auf den 26. und 27. Oktober festgesetzt worden. Die Volkspartei hält am 16. November in Dortmund einen außerordentlichen Parteitag ab. Die Reichstagsfraktion der Volkspartei tagte gestern unter Hinzuziehung von Mitgliedern der Landtagsfraktion. Von einer offiziellen Veröffentlichung des Ergebnisses dieser Sitzung wurde auf Wunsch des Vorsitzenden, Abg. Dr. Scholz, Abstand genommen. Es wurde aber mitgeteilt, daß die Fraktionsmitglieder die politische Führung der Parteileitung einmütig gebilligt haben. Die Wirtschaftliche Vereinigung (Wirtschaftspartei des deutschen Mittelstandes, Bayerischer Bauernbund, Deutsch-Hannoveraner) wird auch diesmal eine einheitliche Reichsliste aufstellen.

Die befreiten Gebiete.

Eiberfeld, 22. Oktober. (WIB.) Heute wurde das Gebiet von Bohwinkel, Remscheid, Wipperfurth, Runderoth sowie die Gebietsstreifen nordöstlich und östlich der Grenze des Brädenkopfes Köln geräumt. Aus Remscheid zogen die Truppen in der Frühe ab. Die Truppen aus Bohwinkel fahren mit der Bahn nach Koblenz. Einige französische Eisenbahner blieben zurück, die jedoch im Laufe des Tages abziehen werden.

Limburg, 22. Oktober. (WIB.) Heute mittag haben die Franzosen die Stadt Limburg endgültig geräumt. Jegendwelche Zwischenfälle haben sich nicht ereignet.

Reichspräsident, Reichsregierung und preussische Regierung haben an die befreiten Gebiete Glückwunschkarten gerichtet.

Die Uebernahme der Regiebahnen.

Köln, 22. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Die Uebergabe der Regiebahnen an die Reichsbahn A.-G. stellt auch die Eisenbahndirektion Köln vor schwere Aufgaben. Von 40 000 Eisenbahnbediensteten der Kölner Direktion sind nicht weniger als 24 000 bei der Regie tätig. Von diesem Personal müssen diejenigen, die früher bei der Reichsbahn beschäftigt waren, wieder übernommen werden, während die Franzosen und Belgier auscheiden. Umstritten ist noch die Frage, was aus den neu eingestellten Regiebediensteten werden soll, die ohne fachliche Vorbildung sind. Die Regie rechnet sie zum ständigen Personal, während die Deutsche Reichsbahn unter Hinweis auf ihre hohen Reparationsleistungen nur diejenigen übernehmen will, deren Dienstwert einen reibungslosen Verkehr gewährleistet. Zahlreiche Lokomotiven stehen schon an der Grenze des besetzten Gebietes, die sofort die Park verlässlichen Maschinen der Regie ersetzen sollen. Alle Vorbereitungen sind getroffen, damit die Zugförderung und das Weidewesen, deren Einrichtungen unter der Regie stark gelitten haben, wieder instandgesetzt werden. Einstweilen bleiben die bisherigen Fahrpläne der Regie in Kraft, höchstwahrscheinlich bis zum 30. November. Die deutschen Tarife gelten jedoch mit dem Tage der Uebergabe. Die Fahrkartenausgabe wird sofort neu organisiert. Die Regierfahrkarten verschwinden um Mitternacht des Tages der

Die Landesvorstände der Deutschnationalen Partei werden sich am kommenden Sonntag in Berlin versammeln. Bei dieser Gelegenheit dürften auch die Führerfrage und der Wahlauftritt der Nationalsozialisten behandelt werden, in dem die deutschnationalen Führer, die sich um die Ministerstelle bemühen, als Parteibonzen und Schieber apostrophiert werden. Im übrigen spricht der Wahlauftritt die Hoffnung aus, die Neuwahl möge eine Mehrheit bringen, die die Dames-Gesetze zerschlägt. Da auch der phantasiebegabteste Nationalist keine nationalsozialistische Mehrheit erwarten kann, hat der Aufruf einen Umfall der Deutschnationalen nach der rechtsradikalsten Seite zur stillschweigenden Voraussetzung. Aber auch das würde die Durchführung der Dames-Gesetze, die mit Hilfe der Deutschnationalen angenommen wurden, nicht verhindern können. Ludendorff hat sich trotz aller entgegengesetzten Ratschläge seiner Freunde und „Freunde“ wieder an die Spitze der nationalsozialistischen Reichsliste gestellt.

Bayerische Demokraten gegen Stresemann.

München, 22. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Die Demokratische Partei Südbayerns richtet einen Offenen Brief an Dr. Stresemann wegen der Rundgebung der Deutschen Volkspartei, in der gesagt ist, daß bei der Haltung und bei den Entschlüssen der Demokratischen Reichstagsfraktion in der Frage der Regierungserweiterung Einflüsse internationaler Kreise eine verhängnisvolle Rolle gespielt und die Reichstagsauflösung verschuldet hätten. Dieser Satz, so heißt es in dem Offenen Brief, enthält eine so ungeheuerliche Anschuldigung einer ganzen Fraktion, daß in aller Öffentlichkeit genauestens aufgeklärt werden muß, auf welche bestimmten Unterlagen in sachlicher und persönlicher Hinsicht sich dieser Vorwurf politischer Unmoral und Bestechlichkeit stützt.

Auslegung der Stimmlisten.

Der Reichsminister des Innern hat bestimmt, daß die Stimmlisten und Stimmkarten für die Reichstagswahl vom 16. November 1924 bis einschließlich 23. November 1924 auszuliegen sind. In Preußen werden die Listen mit Rücksicht auf die Regelung im preussischen Wahlverfahren vom 15. bis einschließlich 22. November ausgesetzt. Näheres über Ort und Zeit der Auslegung geben die Gemeindebehörden bekannt. Einsprüche gegen die Stimmlisten müssen bis zum Ablauf der Auslegungsfrist erhoben werden. Wählen kann nur, wer in die Stimmliste eingetragen ist oder bei Abwesenheit vom Wohnort am Wahltag einen Stimmschein sich rechtzeitig hat ausstellen lassen.

Uebergabe. Die Regiefranken werden sofort außer Kraft gesetzt; die Reichsbahn lehnt es ab, diese Zahlungsmittel einzulösen. Die bestehenden Verträge der Regie mit den Bahnhofsbuchhandlungen und den Kolliführunternehmern werden gekündigt. Alle Zollverklärungen kommen in Wegfall.

Die kommunistische Niederlage in Norwegen.

Christiania, 22. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) In Christiania herrscht bei den Kommunisten, die in Norwegen noch vor wenigen Jahren die gesamte Arbeiterbewegung beherrschten, über ihre katastrophale Niederlage — große Bestürzung. Der Eindruck der Wahl-niederlage war im kommunistischen Hauptquartier in Christiania so niederschmetternd, daß am Dienstag die rote Flagge halb mast gehißt wurde.

Rußlands Anerkennung durch Frankreich.

Paris, 22. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Die französische Regierung hat die Sowjetregierung am Mittwoch de jure anerkannt. In dem Telegramm an die Sowjetregierung wird betont, daß Frankreich mit diesem Akt der Anerkennung seinen Verzicht auf die Rechte französischer Staatsangehöriger an ihrem von der Sowjetregierung konfiszierten Besitz oder auf französische Schadenersatzforderungen ausspricht.

Der Miesbacher Schriftleiter Martin Weger, der wegen Beleidigung des früheren Reichsjustizministers Dr. Radbruch durch einen nicht von ihm geschriebenen Artikel im „Miesbacher Anzeiger“ als verantwortlicher Redakteur zu vier Monaten Gefängnis verurteilt wurde, ist begnadigt und nach Verbüßung der halben Strafe entlassen worden.

Deutsche Passagier in Frankreich. Der zweite Vortrag von Dr. Gumbel in Frankreich fand am 21. Oktober in Orleans statt. Gumbel sprach zusammen mit dem Professor der Physik Langévin vor etwa 700 Personen, die seine Ausführungen begeistert aufnahmen.

Krachen im Gebälk.

Geförderter Bürgerblockfrieden. — Der Riß in der deutschnationalen Partei. — Geßler will Demokrat bleiben.

Der Aufruf der deutschnationalen Reichstagsfraktion ist gestern hier einer scharfen Kritik unterzogen worden. Auch die demokratische und die Zentrumspresse hat sich über ihn in abfälligster Weise geäußert. Nun kommt auch das offizielle Organ der Volkspartei, die „Zeit“, mit einer Zurückweisung, die an Schärfe nichts zu wünschen übrig läßt.

Die „Zeit“ meint höhnisch, der Aufruf sehe so aus, „als sei er von irgendeinem jungen Abgeordneten völkischer Richtung verfaßt und ohne Korrekturprüfung an die Öffentlichkeit gebracht worden“. Und sie fährt fort:

Der ganze Aufruf steht in vollem Gegensatz zu der Politik, die die Deutschnationale Partei und Herr Hergt gerade in den letzten Wochen getrieben hat. Verstehen wir ihn recht und ist er mehr als eine Zusammenstellung von Schlagworten, dann ist er eine Absage an den Parlamentarismus überhaupt. Das geht aber nicht an. Man kann nicht gleichzeitig unter Berufung auf die Stärke der Partei den Anspruch auf die Zuteilung von Ministerposten erheben und den Parlamentarismus überhaupt ablehnen. Man kann sich auch nicht bereit erklären, mit Parteien zusammenzugehen, die in bezug auf die Stellung zum Staat eine beherrschende Haltung einnehmen und den Staat dann derartig angreifen, wie man es hier getan hat. Wir bedauern auch unersetzlich außerordentlich, daß in dem Aufruf der Kampf gegen die Juden Herrschaft als Ziel des Wahlkampfes hingestellt wird. Das alles erschwert die Durchführung der Ideen, um deren willen der Kampf der letzten Wochen gegangen ist. Dabei braucht nicht erst betont zu werden, daß die Deutsche Volkspartei als liberale Partei besonders mit dem Gedanken der Religionshege und der Rassenhege nichts zu tun hat. Da wir glauben, über die Entflechtung des Aufrufs einigermaßen unterrichtet zu sein, wollen wir ihm nicht die Bedeutung beilegen, die wir ihm beilegen müßten, wenn er als offizielle Parteifundgebung anzusehen wäre. Wir hoffen, daß die offizielle Parteileitung Veranlassung nehmen wird, in ihrem Aufruf das Einigende mehr zu betonen als das Trennende. Und wir wiederholen die Warnung, die wir gestern ausgesprochen haben, daß man sich hüten möge, durch die Methoden des Wahlkampfes das zu verderben, was die Verhandlungen der Parteien in den letzten Wochen der Erfüllung nähergebracht haben.

Die Ausführungen der „Zeit“ lassen deutlich erkennen, daß sich die vorläufig noch bestehende deutschnationale Parteileitung bei der Volkspartei wegen dieses Aufrufs entschuldigen hat. Das ändert aber nichts an der Tatsache, daß er eine durchaus offizielle Erklärung der bisherigen deutschnationalen Reichstagsfraktion darstellt, derselben deutschnationalen Reichstagsfraktion, deren unbegründeten Anspruch auf vier Ministerposten die Volkspartei „mit allen Mitteln“ bis zur angeordneten Sprengung des Kabinetts und zur Reichstagsauflösung verschonen hat! Die deutschnationale Reichstagsfraktion hat der Volkspartei für all diese Liebesmühen mit einem klatschenden Schlag ins Gesicht gedankt. Sie hat alle Behauptungen, mit denen die Volkspartei für den Bürgerblock eintrat — die Deutschnationalen hätten mit der bestehenden Staatsordnung und der bisherigen Außenpolitik ihren Frieden gemacht — glatt widerlegt und damit die Politik der Volkspartei selbst unheilbar bloßgestellt.

Und so ergibt sich die überraschende Tatsache, daß der Wahlkampf, der um den Bürgerblock unter maßgebendem Einfluß der Deutschnationalen geführt wird, mit einer moralischen Isolierung der Deutschnationalen beginnt! Zugleich wird dadurch die sozialdemokratische Behauptung bestätigt, daß nicht die angeblich erzielte Uebereinstimmung in politischen Tagesfragen, sondern lediglich die Gemeinsamkeit der gegen die Arbeiterchaft gerichteten sozialreaktionären Ziele die Grundlage aller Bürgerblockbestrebungen bildet.

Es ist nun abzuwarten, ob die Deutschnationalen der Volkspartei zuliebe auch im Wahlkampf die Fitzpantoffeln wieder anziehen werden, auf denen sie in die Regierung einschleichen wollten, oder ob sie im Still ihres letzten Aufrufs fortfahren werden den Kampf mit jener verlogenen Demagogie zu führen, der sie ihren vergänglichsten Wahlsieg am 4. Mai verdankten.

In der Abschiedsrede der deutschnationalen Reichstagsfraktion — es gibt kein Wiederleben! — wurde Herrn Hergt aus Anlaß seines 55. Geburtstages ein Blumenkranz überreicht, worauf der so Gefeierte melancholisch erklärte, da es keine Fraktion mehr gäbe, habe er ja aufgehört, Fraktionsvorsitzender zu sein. Herr Hergt ist aber noch Parteivorsitzender, indes weiß man nicht, für wie lange. Nach den eigenen Erklärungen der deutschnationalen Parteileitung bestand die Absicht, die bisherigen Führer durch Männer der schärferen Richtung zu ersetzen, wenn der Berliner Pakt nicht zur Ausführung gelange. Nachdem nun sämtliche Ministerposten davongeschwommen sind, scheint dieser Fall eingetreten zu sein: die Schlange, Freitag, Voringhoven und Laverrenz haben ein Recht auf die Parteiführung erworben und sind die designier-

ten Minister der Bürgerblockregierung — wenn sie kommt. Das sind wohl auch die „jungen Männer völkischer Richtung“, deren Geist den deutschnationalen Wahlausruf befruchtet hat.

Der Herzog ist noch nicht gefallen, wohl aber der Mantel. Die „Kreuzzeitung“ verabschiedete gestern abend öffentlich den einzigen Mitarbeiter, der ihrem Blatt noch Bedeutung gab, den bisherigen Reichstagsabgeordneten Prof. Hoehsch. In seinem letzten Wort an die Leser darf er noch sagen:

Wie bekannt, habe ich am 29. August, in der feststen Ueberzeugung, daß mir die Verantwortung vor Volk und Vaterland diesen Entschluß gebiete, mit „Ja“ gestimmt. Und ich habe an diesem Standpunkt mit den sich daraus ergebenden Schlußfolgerungen, wie ich sie in meinem Artikel vom 3. 9. hier: „Das deutschnationale Ja zum Londoner Pakt“ dargelegt habe, unverändert fest. Die Schriftleitung der „Kreuzzeitung“ hat bereits in ihrem Begleitwort zu jenem Artikel bemerkt, daß sie ihren Standpunkt, der die Annahme des Londoner Paktes verurteilt, weiter innehält, und sie hält an dem Standpunkt seiner grundsätzlichen Ablehnung fest. Diesen beiden grundsätzlichen verschiedenen Einstellungen auf die Dauer nebeneinander in einer Zeitung vertreten zu lassen, ist offensichtlich unmöglich.

Herr Prof. Hoehsch ist der einzige deutschnationale Jäger, der seine Abstimmung am 29. August als Ausfluß seiner Ueberzeugung ausgesagt wissen will. Hätten auch die anderen gehandelt wie er, so wäre dem öffentlichen Leben Deutschlands die tiefste Herabwürdigung, die schlimmste Vergrüßung erspart geblieben. In Wirklichkeit kreisen hört man oft den Einwand, die Sozialdemokraten hätten keinen Grund, die deutschnationalen Jäger wegen ihrer Haltung am 29. August so heftig anzugreifen, denn jene wären damit doch nur auf die Linie der Außenpolitik eingeschwenkt, auf der die Sozialdemokratie vorausgegangen sei. Dieser Einwand wäre berechtigt, wenn die Jäger ehrlich zu ihrer Ueberzeugung gestanden hätten. In Wirklichkeit aber haben sie alle selber, mit der einzigen Ausnahme des Herrn Hoehsch, ihre Abstimmung nicht mit ihrer Ueberzeugung, nicht mit ihrer „Verantwortung vor Volk und Vaterland“, sondern mit ihrer Angst vor einer Wahlniederlage und mit ihrer Sehnsucht nach Ministersejeln begründet, auch Herr Hergt, der selber, um den Schein zu wahren, mit Nein stimmte, hat ihre Zustimmung für Ministersejeln verkauft.

Dadurch hat sich die deutschnationale Partei beschmutzt und entehrt wie noch nie eine Partei, und vergeblich durchsuchen wir die ganze deutschnationale Presse nach einem noch so bescheidenen Versuch, unsere Behauptung zu entkräften oder auch nur Entschuldigungsgründe vorzubringen. Warum widerlegt die deutschnationale Presse unsere Beschuldigung nicht? Wenn sie aber sie nicht widerlegen kann, dann beschmutzt und entehrt sich jeder Wähler selbst, mag er politisch sonst stehen, wie er will, wenn er dieser beschmutzten und entehrten Partei seine Stimme gibt.

In der Presse der Rechten herrschte gestern morgen überschwänglicher Jubel darüber, daß einige unsichere Kantonisten das Lager der Demokraten verlassen hatten. Herr Gehler gehört übrigens nicht zu ihnen, er erklärt in der ihm nahestehenden Presse eine Erklärung, wonach er Mitglied der demokratischen Partei bleiben will. Man prophezeit voreilig den „Zusammenbruch der bürgerlichen Demokratie“, man hätte — ach so gerne! — auch den Zusammenbruch der Sozialdemokratie prophezeit, doch soweit traut man sich nicht, denn auf die allzu plumpen Kommunisten ist schon gar kein Verlaß mehr.

Zusammenbruch? Wo? Eben meldet die völkische Presse, die deutschnationalen Reinsager hätten sich unter der Führung des alldeutschen Justizrats Clafz zusammengesprochen, um bei der Kandidatenaufstellung die Jäger abzusagen, falls dies nicht gelingt, eine eigene Partei zu gründen.

Das Geschrei über den Zusammenbruch der Demokraten hatte offenbar nur den Zweck, das Krachen zu übertönen, das im Gehäul des Bürgerblocks deutlich vernehmbar wird. Die deutschnationale Partei steht nicht nur vor dem

Zusammenbruch, sondern in ihm selbst, die Volkspartei ist genötigt, gegen die Desperados zu ihrer Rechten Erklärungen zu erlassen, die fast wie ein Widerruf ihrer bisherigen Politik klingen. Ihre Liebe zu den Deutschnationalen reicht zwar bis in die Regierung aber nicht bis in den Tod. Darum wünscht sie im Wahlkampf ihr Schicksal von dem der Deutschnationalen zu trennen und bezeichnet sich wieder als eine liberale Partei.

Gestern noch auf stolzen Rossen. Heute — „Reite sich wer kann!“

Ludendorff führte den „Dolchstoß“! Clemens v. Delbrück bezeugt es.

Soeben erscheinen im Verlag für Kulturpolitik, München, unter dem Titel „Die wirtschaftliche Mobilmachung Deutschlands 1914“ die Denkwürdigkeiten des verstorbenen kaiserlichen Staatssekretärs, Chefs des Zivilkabinetts und deutschen nationalen (!) Abgeordneten Clemens v. Delbrück. Zu den vielen Zeugnissen gegen die reaktionäre Dolchstoßlüge fügt Clemens v. Delbrück ein neues hinzu. Er schildert die Lage in den ersten Oktobertagen 1918 — also einen Monat vor dem sogenannten Dolchstoß — folgendermaßen:

„Herr v. Berg... wollte wegen Bildung eines alle Parteien umfassenden Koalitionskabinetts verhandeln, im Augenblick sei er beim Prinzen Max, um eine Ueberleitung der Friedensaktion, auf welche die Oberste Heeresleitung fortgesetzt dränge, zu verhindern. Aus alledem ergab sich, daß die Oberste Heeresleitung unsere Lage plötzlich für äußerst bedrohlich, den Krieg für verloren ansah und, um eine militärische Katastrophe zu vermeiden, Schritte verlangte, die uns in eine schwere politische Katastrophe hineinführen mußten oder schon geführt hatten. Dabei blieb völlig im Dunkeln, welche Ereignisse und Erwägungen diese Sinnesänderung und das stürmische Vorgehen der Obersten Heeresleitung veranlaßt hatten. Die Ansicht, daß der Krieg verloren und alsbaldige Friedensverhandlungen notwendig seien, konnte doch nur auf der Erkenntnis beruhen, daß die Zahl und Beschaffenheit unserer Truppen sowie das verfügbare Kriegsmaterial nicht ausreichten, um unseren Gegnern weiterhin mit Erfolg Widerstand zu leisten. Diese Erkenntnis konnte aber der Obersten Heeresleitung unmöglich erst von gestern auf heute gekommen sein!... Wenn man sich alles das vergegenwärtigt, mußte man zu der Annahme kommen, daß General Ludendorff vorübergehend die Nerven verloren habe.“

Das schrieb der Chef des Zivilkabinetts! Das schrieb ein deutschnationaler Reichstagsabgeordneter!

Hamburger Vorspiel.

Deutschnationale Hoffnung. — Bürgerschaftswahl am Sonntag.

Aus Hamburg wird uns geschrieben: Am 26. Oktober wird im Stadstaat Hamburg das Parlament, die Bürgerschaft, neu gewählt. Der Wahlkampf ist in vollem Gange. Neben den 5 politischen Parteien, aus denen sich bisher die Bürgerschaft zusammensetzte — 69 Sozialdemokraten, 23 Demokraten, 33 Volksparteiler, 18 Deutschnationale, 17 Kommunisten — bewerben sich noch zehn Sonderlisten um die Stimmen der Wähler. In der Hauptsache geht der Kampf um die jetzige Regierungskoalition (Demokraten und Sozialdemokraten), die seit 1919 im Amte ist. Der Senat besteht jetzt zur Hälfte aus bürgerlichen Demokraten, zur anderen Hälfte aus Sozialdemokraten. Deutsche Volkspartei und Deutschnationale machen die größten Anstrengungen, diesmal die Mehrheit in der Bürgerschaft und damit einen Senat nach ihrem Willen zu bekommen. Der Ausfall der Reichstagswahl vom 4. Mai, bei der die Sozialdemokraten erheblichen Stimmenrückgang erlitten, während Deutschnationale und Kommunisten großen Zuwachs erhielten, hat ihnen Mut gemacht und läßt sie schon in Siegerhoffnungen schwelgen. In der ersten

Wählerversammlung der Deutschnationalen verkündete deren Wortführer sogar, daß es um Höheres gehe als um die Zusammensetzung der künftigen Landesregierung, es gehe vielmehr darum, mit einem Wahlsieg in Hamburg den Boden für die Beseitigung der jetzigen Koalition in Preußen zu bereiten. Jetzt ist nun auch die Reichstagswahl dazu gekommen.

Die Rechtsparteien bemühten sich, einen Bürgerblock schon vor der Wahl zustande zu bringen. Es ist ihnen aber nicht gelungen, weil die Demokraten den Gedanken, die Sozialdemokratie auszuschalten, strikte ablehnten und auf der anderen Seite auch das Bündnis mit den Völkischen, die jetzt zum erstenmal bei einer Bürgerschaftswahl als selbstständige Partei auftreten, beiden Rechtsparteien, besonders aber der durchaus privatkapitalistisch eingestellten Volkspartei, unbequem ist. Diesen Parteien liegt vielmehr daran, ihre frühere Alleinherrschaft wieder auszurichten. Das versuchen sie mit den niedrigsten Mitteln. So wird z. B. behauptet, die jetzige Bürgerschaftsmehrheit und der Senat hätten die Hamburger Interessen als Welthandels- und Hafenstadt nicht genügend gewahrt. Dabei zeigt gerade der Aufschwung des Hamburger Hafens und die relativ sehr gute Finanzlage Hamburgs, sein unerlöschter Kredit im In- und Auslande, daß diese Vorwürfe jeder sachlichen Grundlage entbehren und lediglich Wahlpropaganda sind.

Unsere Partei geht in festgeschlossener Front, mit starkem Siegeswillen in den Streit. Überall herrscht kampfesfrohe Stimmung. Die kommunistischen Versammlungen sind dagegen kläglich besucht und machen einen äben Eindruck. Es ist zu hoffen, daß die Mehrheit der Hamburger Wähler die hohe Bedeutung der Wahl richtig einschätzt. Geht es doch bei dem Kampf um die politische Macht im Staat zugleich auch um Fortschritt oder Rückschritt im Schulwesen, im Wohnungswesen, in der Sozialpolitik. Auf allen diesen Gebieten hat die bisherige Regierungskoalition in Hamburg Vorbildliches geleistet.

Die Prügel-Internationale.

Nationalisten aller Länder! Haut die Pazifisten!

Wir bereits meldeten, machten am Dienstagabend französische Nationalisten in einer Pariser Versammlung der französischen Liga für Menschenrechte, in der der Professor Viktor Basch über seine Reiseindrücke in Deutschland reden sollte, Kadaw und versuchten, die Kundgebung zu sprengen. Dazu bemerkt die „Deutsche Zeitung“ wörtlich:

„Herr Basch scheint also das Schicksal aller Propheten zu haben und sich in Paris derselben Unbeliebtheit zu erfreuen, auf die er bei den sonstigen nationalen Kreisen stieß. Unsere Pazifisten werden gewiß darüber sicherlich verstaunndlos die Hände ringen.“

Also: in Paris wird Basch als „Deutschensfreund“, wahrscheinlich sogar als „Boche“ von den nationalistischen Anhängern Poincarés, Maginots und Dauvies beschimpft. Unter den „sonstigen“ (!) nationalen Kreisen meint aber die „Deutsche Zeitung“ ihre eigenen Leser! Deutscher konnten unsere „vaterländischen“ Brillanten ihre Solidarität mit Poincaré, ja sogar ihre geistige Abhängigkeit („sonstigen nationalen Kreisen“) von den ärgsten Feinden Deutschlands gar nicht zum Ausdruck bringen.

Die Friedensfreunde in Deutschland werden sich über diese Gefinnungsgemeinschaft zwischen dem „WB.“ und den französischen Nationalisten um so weniger wundern, als sie ja dieses Zusammenspiel seit Jahren gebrandmarkt haben. Andererseits war es die „Deutsche Zeitung“, die zu Beginn des Ruhrmarsches den Jubelschrei ausstieß: „Gott erhalte uns Poincaré!“

Daß aber alldeutsche Redakteure so dumm sind, daß sie sich öffentlich als die „sonstigen“ Hilfstruppen Poincarés selbst kennzeichnen würden, das übertrifft doch unsere Erwartungen und wir müssen darüber tatsächlich „verständnislos die Hände ringen“...

Revue im Großen Schauspielhaus.

Zunächst der Titel. Ein Revue-Titel soll lügeln, pfeifen, zischen, kläffen. Er soll wie eine Liebeslösung schwach machen oder gar irritieren. Er soll wie eine Ohrfeige wirken, auch wie ein Nasenflüßler und schließlich auch wie ein Stoß in den Hintern. Nur hereinspaziert, meine Herrschaften, um jeden Preis herein! Bleichen, bleichen! Ihr werdet sehen.

Nun, die Revue des Großen Schauspielhauses, republikanisch neudeutsch überlegt „die große Schau“, nicht zu verwechseln mit der großen Parade Kaiser Wilhelms auf dem Tempelhofer Feld, empfiehlt sich zunächst nur etwa wie ein Wahlausruf von Streifenmann oder Westarp. „An alle!“ wird ausgerufen und ausgerufen. Man gebe zu, das klingt etwas matt. Streifenmann und Westarp haben es aber besser als die Revuebesitzer. Die beiden Maiadorenpolitiker brauchen sich nur schwarzweißrot anzupinseln und nichts weiter tun. Aber die Leute von der großen Revue.

Soweit sie in Berlin ansässig sind, haben sie vor Monaten schon die Koffer gepackt und die Padoisa erklücht, und dann sind sie losgefahren, um die Schaumunder aus der ganzen Welt aufzusuchen. Man spielt Revue in Paris, in London, in Brüssel und New York. Man vergesse nicht, daß die Pariser Revue für alle Nichtpariser bestimmt ist. Die Pariser, sofern sie arm sind, arbeiten nämlich wie die Teufel und haben für so was kaum Geld oder Zeit. Nur in der Fabel Ludendorffs und Hitler's ist es anders zu lesen. Die Pariser, sofern sie reich sind, und sie sind oft sehr reich, genießen ihre Borddrevue. Borstadt bedeutet in diesem Falle keinen Entehrungstitel, sondern einen Ehrentitel. Die Nichtpariser, für die man die Pariser Revue macht, sehen gern allerhand Nadies und zahlen dafür gut. In London und New York hat sich diese Pariser Boulevardmode auch eingebürgert. Man verhält ein wenig, aber man ist seit den gelegentlichen Kriegsjahren auch in den Hauptstädten der Moralreinigungsanstalten etwas dudsamer geworden. Nun kam aus dem Angelächlichen etwas wirklich hübsches und neues in die altertümliche Revue. Es war dieser Gelenkerhythmus, dieser wirklich frappante, harmonische Mädchenbeinschlag, durch den offenbar wurde, daß 16 Mädchenbeinpaare und ebenso viel Mädchenhüftenpaare und dazu noch 32 Arme und Hände und ebenso viele Augen und 16 läche meist blonde Köpfelein in unerhörter Genauigkeit zusammenschlingende Bewegungen vollführen können. Der Erzähler dieser entzückenden Harmonie heißt John Tiller, und seine Bein-, Busen-, Hüften- und Schulterarmeen zogen siegreich in alle Weltrevuen ein, auch in die Berliner.

In dieser Annut, die mehr als Annut ist, weil sie in den dümmsten Wädeln so etwas wie eine Sternenerwandtschaft verrät, kann sich der kleine Mann ebenso erfreuen, wie der die. Man rechnet übrigens im Großen Schauspielhaus durchaus auf den kleinen Mann und verspricht ihm für bescheidene Preise Sachen, die noch nie dagewesen sind.

Die große Schau im Großen Schauspielhaus denkt wirklich an alle. Allerdings etwas gedankenarm, sonst aber mit tiefer Kraftanstrengung und mit fabelhafter Freigebigkeit. Das hat gekostet, gekostet! Farben, Bilder, Töne, Balletts, Chöre, Visionen, historisches, Modernes, ein Zuspätsch Sentimentalität, ein Zuspätsch Ver-

stüßigkeit auch. Ohne Brüderie muß gesagt werden, daß die letzte Jutat besser weggeblieben wäre. Da wird nämlich geredet. Es ist aber ein Jammer, sobald in dieser Schau geredet wird, wird es entsetzlich dumm. Trotzdem muß zum aufrechten und uneingeschränkten Lob gestanden werden, daß soliel Geschmack und Ausdauer eine Bierstundenmonstrumrevue zustande brachten, die sich sehen lassen kann und gesehen werden muß.

Das Programm für solche Revue kann kein Theaterzettel fassen, dafür muß man schon einen mehrere Seiten langen Speisezettel drucken. Also: Text von... für diesen Text wären nomina omnia. Musik von A. B. C. — und „anderen Komponisten“ sagt der Riesenspeisezettel lakonisch. Man bezweifle das nicht. Für jede Reueung etwas, für jeden Appetit ein Bissen, fabelhaft gewürzt alles, wirklich so hergerichtet, daß jedermann im Laufe von vier Stunden ein Duzend mal zucknapp und vor Behagen schmunzelt. Ein Riesenergänzen, ein Riesentingeltangel, eine Riesenschau im Riesentheater, eine Riesearbeit und ein Riesengeld, das verschlungen wurde. Darum doch noch ein paar Namen: Slatel, Revueoffenwart und Direktor, Charell, Obermeister aller Bewegung, Beufert, Cläre Waldoff, die entzückenden Tiller girls. Mag hochdorf.

Ein stummer Bettler.

Von Ewald Stern.

Er steht in London, Liverpoolstreet-Station, dort wo täglich viele Tausende von der Untergrundbahn kommend, die Station betreten. Er steht jetzt schon etwa zwei Jahre an dieser lebhaften Stelle, tagaus, tagein, nachhaus nachlein.

Man wird über seine Ausdauer nicht weiter erstaunt sein, wenn ich sage: Dieser stumme Bettler ist ein Automat.

Auf folgende Art und Weise macht jeder Vorübergehende seine Bekanntschaft: Man verläßt die Untergrund, eilt die Treppen hinauf und sieht sich einer draungestrühenden Wand gegenüber, die die fragende Aufschrift trägt: Haben Sie das schon gesehen? Natürlich wird man neugierig und sieht sich das Ding an. Und auf diese nicht zu unterdrückende menschliche Eigenhaft spekuliert die Aufschrift.

Man sieht einen Kasten von der Größe eines Selbstbrankes bei einer gutfundierten Bank. Innen mahnet große erlauchete Transparente: Helfet den armen Blinden! Außen läuft an zwei Rollen von unten nach oben ein breiter Treibriemen, an dem wie an einem Miniaturdagger viele kleine Becher angebracht sind.

Und jetzt kommt der Trick, ein echt englischer Trick! Durch die ermahnernden Aufschrift wird man mitleidig gestimmt und wirft ein Geldstück in einen Becher. Eine Sekunde später schon ein Glockenzeichen und alle Transparente sagen in blendender Beleuchtung: Thank you, thank you! Der automatische Bettler hat die Wohltätigkeit befohlen.

Wie aber erging es mir und aller anderen, die die Einrichtung nicht genau kannten. — — —

Ich nahm nur einen halben Penny und warf ihn in den Becher. — Kein Glockenzeichen, kein Dankeschön. Dafür wurde es stoddunkel in dem Kasten. Für die Gefühle, die mich da übermannen, hat die deutsche Sprache den Ausdruck „sprachlos da-

stehen“ gefunden. Ich war wirklich sprachlos. Bis mir jemand von den vielen Umherstehenden, die mich vernichtend ansahen, sagte, daß die kleinste Spende einen Penny betrage und der Automat erst dann wieder seine Funktionen aufnehmen würde, wenn ich einen ganzen zu dem halben Penny gäbe. Ich tat es und wurde durch ein Glockenzeichen und ein „Thank you“ befohlen. Und in der nächsten Sekunde wieder die Ermahnung: Helfet den armen Blinden!

So werden Geizige und Unwissende in London, Liverpoolstreet-Station belehrt, daß ein halber Penny keine Unterstützung für die armen Blinden ist.

Wie Herr Gerst regiert. Herr Friedrich Neubauer, der bisherige Regisseur des „Dramatischen Theaters“, sendet uns eine Zuschrift über seinen Konflikt mit dem Generalsekretär des Bühnenvolksbundes und jetzigem Beherrscher dieses Theaters. Er bemerkt darin u. a.:

„Nach der Premiere des „Methusalem“ erklärte mir Herr Direktor Dietzle, daß er das von mir inspirierte Ertempore über den Bühnenvolksbund durchaus verstehen könne, erjuchte mich aber, dem Vertreter des Bühnenvolksbundes, der damals noch nicht die Geschäfte des „Dramatischen Theaters“ übernommen hatte, mit einigen freundlichen Worten die Situation verständlich zu machen, zumal dieses Werk ein Generalattribution in sich schließt, dem mehr oder weniger alles rücksichtslos verfallen ist. Als ich Herrn Gerst gegenübertrat und ihm die Hand reichen wollte, verweigerte er mir ostentativ vor Zeugen den Handschlag, worauf ich mich in berechtigter Empörung zu den von Herrn Gerst zitierten Ausprüchen hinreißten ließ. Im übrigen sehe ich einer Privatklage des Herrn Gerst mit Vergnügen entgegen. Nur im Interesse meiner Kollegen brachte ich das Opfer, in den Vorgesetzten Gegenabbau einzumünden, jedoch war ich niemals bereit, meine künstlerischen Grundzüge zu opfern und eine Einmischung des Bühnenvolksbundes in die künstlerischen Interessen des „Dramatischen Theaters“ zu dulden. Es wurde mir bereits für November und Dezember ein Anzeigenverbot erteilt von Dr. Siedry noch Wien bewilligt. Außerdem habe ich mit Herrn Direktor Dietzle vereinbart, daß ich nach meiner Rückkehr am „Dramatischen Theater“ eine Reihe von Dramen inszenieren werde. Aus den Zeitungen ersehe ich, daß ich entlassen sei, obwohl mir hierüber von Direktor Dietzle bisher nichts zugekommen ist. Alle entgegenwirkenden Anordnungen des Herrn Gerst weise ich entschieden zurück. Meine Interessen in dieser Angelegenheit vertritt das Reichsbureau der Gesellschaft deutscher Bühnengehöriger.“

Bedeckbare Fortschritte in der Kabellegraphie. Der riesenhafte Verkehr der Kabellegraphie von Kontinent zu Kontinent hat, trotz der großen Ausdehnung des drahtlosen Verkehrs, der Kabellegraphie keinerlei Abnahme gebracht. Im Gegenteil, von Tag zu Tag wächst dieser Verkehr. Abgesehen davon, daß zum drahtlosen Telegraphieren eine große elektrische Energie benötigt wird, leidet dieser Verkehr durch mancherlei Schwierigkeiten. Besonders Sonnenstrahlung und auch andere atmosphärische Einflüsse stören hier die Uebertragung. Auch, daß von Unbefugten das Abfangen der Funkprüche unermesslich ist, wird als störend empfunden. Es bleibt deshalb die Kabellegraphie bis heute noch immer das Sicherste. Bis jetzt war es nur möglich, etwa 200 Buchstaben in der Minute mittels

Die Beschwörung der Toten.

Ein kommunistischer Aufruf.

Wie den Mörder die Schatten seiner Opfer nicht lassen, so wird die K.P.D. von den Schatten ihrer Opfer verfolgt. Der Zentralausschuß der K.P.D. veröffentlicht in der „Roten Fahne“ einen Aufruf zur Erinnerung an die „revolutionäre Großtat des Hamburger Aufstandes“. Der sinnlose Putsch, der so vielen Arbeitern das Leben gekostet hat, wird als die „vorzüglichste Lehre der klassischen revolutionären Kämpfe überhaupt“ bezeichnet. Natürlich! Es fehlt auch nicht der Dolchstoß. Diesmal sind es die „linken“ Sozialdemokraten gewesen, die den Dolch der K.P.D. in den Rücken gestochen haben. „Ne wieder im Bunde mit der Sozialdemokratie“ ist deshalb der Ruf. Die kommunistischen Führer reden ihren Anhängern ein, daß die Bourgeoisie „mit schlotternder Angst“ ihren Putsch entgegenfahre. Du lieber Gott! Wer freut sich mehr über die Kommunisten als die deutsche Bourgeoisie? Wer unterstützt die Putscherei der Kommunisten mit größerer Liebe als gewisse Deutschnationale und Deutschölkische? Das ganze sentimentale Geleire der „Roten Fahne“ hat einen ganz anderen Zweck. Der sentimentale Appell an die Leichen, für die man selbst verantwortlich ist, soll die schwierige Stellung der linken Führer in der K.P.D. erhalten. Das ewige Wiederholen der Parole: Gegen die Sozialdemokratie, wird den kommunistischen Arbeitern langweilig! Es mehren sich die Berichte aus Mitgliederversammlungen, in denen sich Opposition gegen die linke Führung erhebt. In der gleichen Nummer der „Roten Fahne“ steht eine lange Auseinandersetzung mit dem Opportunisten Smeral, dem Führer der tschechischen Kommunisten. Nur in diesem Zusammenhang ist es verständlich, wenn die K.P.D. jetzt die Leichen von Hamburg, die sie verschuldet, beschwört, um den anarchistischen Kurs ihrer Politik bei den Massen zu verteidigen:

„Die kommunistische Partei Deutschlands von heute ist nicht mehr die kommunistische Partei von 1923. Die Partei ging durch die unerbittliche Schule des weißen Terrors. Viele Tausende unserer Mitglieder gehen durch die glühenden Retorten der Schmelzöfen des konterrevolutionären Justizterrors. Die Zweifel an die revolutionären Kräfte des Proletariats, die Illusionen und Hoffnungen auf die rettenden Kräfte der bürgerlichen Gesellschaftsordnung werden mit glühenden Eisen aus den Herzen und Hirnen der Arbeiter ausgebrannt. Alle Bräuen und Bindeglieder, die die Arbeiterklasse noch mit der alten Gesellschaft verbunden haben, brennen nieder für alle Zeiten. Die Partei wird endlich nach so vielen Jahren der bitteren Enttäuschungen, Irrungen und Fehler zu jener leninistisch-bolschewistischen Kampftruppe, die allein den Sieg des Proletariats ermöglicht und garantiert.“

Genossen! Der Zentralausschuß erkennt und verspricht: Jeder Versuch, in der Partei der alten opportunistischen Politik, die uns so schwere Wunden geschlagen hat, wieder Eingang zu verschaffen, muß mit den schärfsten Mitteln bekämpft und verhindert werden. Der Zentralausschuß betrachtet es als die heiligste Aufgabe der Partei, die Partei von den Schlägen alter traditioneller Ideologien zu reinigen, die die Entwicklung zum Bolschewismus hindern und versperrten.“

Das ist der wahre Zweck der Übung, das ist die heiligste Aufgabe, den Feind in den eigenen Reihen zu bekämpfen, zu verhindern, daß die kommunistischen Arbeiter zur Besinnung kommen und auf die Selbstmordmethoden dieser Anarchisten verzichten, die selber bekennen, daß sie mit ihrer eigenen Vergangenheit nichts mehr zu tun haben wollen.

Verdientes Schicksal.

Immer mehr schwinden die „Massen“ dahin, die den kommunistischen Parolen nach Gefolgschaft leisten. Eine zwar kleine, aber doch sehr lehrreiche Episode: In Spandau, einem der am weitesten industrialisierten Vororte Berlins, war Ende der vergangenen Woche eine Versammlung mit dem Thema „Los von Moskau“ anberaumt, mit Kethy Guttmann aus Hamburg als Rednerin. Diese Kethy Guttmann gehörte jahrelang zu den Führern der Hamburger Kommunisten. Sie stand an der Spitze der „Oktoberrevolution“, sie wurde für würdig befunden, als Abgesandte der K.P.D.

des Rabels zu befördern, und durch die enormen Ansprüche sind alle Kabel überlastet, so daß vielfach Störungen der Uebertragung die Folge waren. Durch schwierige, zeitraubende Versuche und mühevollstes Arbeiten ist es dem telegraphentechnischen Reichamt gelungen, die Telegraphiergeschwindigkeit der Kabel auf das achtfache, gegenüber den bisherigen Leistungen auf verhältnismäßig einfache Weise, zu erhöhen. Die Neuerungen bestehen außer einer verbesserten Schaltung mit den Spulen und der Einführung einer Elektronenröhre ganz besonders in der Verbesserung der Kabel und ihrer Schutzschläuche. Alle diese Neuerungen und Verbesserungen zusammen bewirken, daß die Telegraphiergeschwindigkeit in den Unterseekabeln auf etwa 1000 Buchstaben in der Minute erhöht werden kann, ohne daß die Deutlichkeit der Zeichen auf der Empfängerseite leidet. Durch diesen großen Fortschritt, der von Deutschen erzielt wurde, ist es möglich, die Gebühren der Kabeltelegramme bedeutend zu vermindern. Für unsere Weltwirtschaft eine große Erspornis.

Unser Turm.

Der Turm steht auf dem Plage,
Jehn weiter über der Welt,
Und droben steht der Schühmann
Als Türmer, zum Schauen bestellt.

Es künden sich Beihel,
Gehemmt in Fahrt und Lauf,
Rings um den Turm, und Logis
Und Drohschlen bauen sich auf.

Die Fahrer der Straßenbahnen
Ergreift es mit wildem Weh,
Sie schauen nicht mehr auf die Kurbel,
Sie schauen hinauf in die Höh.

Kein Mensch rührt sich vom Plage,
Und alles ist wie im Born,
Von Bertheim bis zu Forst
Gofft alles den Türmer an.

Ein Flüßern und ein Raunen:
„Schaffi und vollbringet er's?“
Es wartet halb Berlin hier
Aufs Zeichen des Vertehes.

Da da! Jetzt funkert er: „Weiter!“
Die Wagen laufen im Sturm,
Vom Alp befreit, über's Pfaster —
Es wackelt der Zentrumsturm.

Und wo sich Gruppen bilden
Und rufen: „Die Schupo ist groß!“
Da heißt es: „Weitertürmen!“
Es geht bald wieder los!“

Max Schwarz.

Opernchronik. Die Eintrittspreise im Dramatischen Theater sind um fast die Hälfte herabgesetzt. Es werden keine Bonds mehr ausgegeben und keine Nachzahlungen geordert.

Die Arbeiterpartei im Wahlkampf.

London, 20. Oktober. (Eigener Bericht.)

Anders als die kontinentalen sozialistischen Parteien, trotz innerer Meinungsverschiedenheiten zwischen den sogenannten reformistischen und radikalen Flügeln doch ein einheitliches Ganzes, eine einzige Organisation darstellen, ist die große englische Labour Party, trotzdem Einzelmitgliederschaft möglich ist, im wesentlichen eine Rahmenorganisation, in der die gewerkschaftlichen Mitglieder den Grundstock und die große Masse, die kleinen ihr angeschlossenen Organisationen wie die Fabier-Gesellschaft und die Independent Labour Party (Unabhängige Arbeiterpartei) kurz I.L.P. genannt, und kleinere Organisationen wie die Social-democratic Federation (Sozialdemokratischer Bund) den aktiven, unmittelbar politisch interessierten Teil bilden. Der von den Kommunisten erstrebte An- und Einfluß der kommunistischen Partei in der gleichen Weise wie die I.L.P. und die Fabier-Gesellschaft usw. wurde bekanntlich auf dem jüngsten Parteitag mit einer großen Majorität abgelehnt.

Unter diesen angeschlossenen Organisationen ist zweifellos die I.L.P. das führende Element, die sozialistische Vorhut. Sie ist es, die die Gesamtbewegung mit sozialistischem Geiste erfüllt, und wenn in der Labour Party das sozialistische Bewußtsein in den letzten Jahren einen so überwältigenden Fortschritt und den liberalen Anhänger der Labour Party zu einer immer größeren Seltenheit gemacht hat, so ist es nicht zuletzt dem Enthusiasmus und der Opferfreudigkeit dieser aktiven Minorität zu danken. Die I.L.P. hat der Labour Party die besten Köpfe gestellt, als die erste britische Labour-Regierung gebildet werden mußte: Männer wie Macdonald, den Schatzkanzler Snowden, dessen Budget neben der Außenpolitik Macdonalds der größte Erfolg der Labour-Regierung war, Bonson, Macdonalds beiseitiger Staatssekretär im Auswärtigen Amt, der die russisch-englischen Verhandlungen geführt hat, Wheatley, den Minister für Volkswohlfahrt, dessen Hausbaupläne so sehr umstritten wurden und der sich neben Macdonald im Unterhause bei den bürgerlichen Parteien den größten Respekt verschafft hat, Trevelyan, den Unterrichtsminister, E. Shinwell, den jugendlichen Bergbauminister, den leidenschaftlichen Anhänger des Gedankens der Sozialisierung des englischen Bergbaues. Wie groß der Einfluß der I.L.P. auf die Gesamtpartei ist, ergibt sich besonders aus der Tatsache, daß neben den eigentlichen Kandidaten der I.L.P. eine große Anzahl der Labour-Kandidaten, die von den Gewerkschaften usw. präsentiert werden, Mitglieder dieser kleinen aktiven Gruppe sind, die nicht eine Organisation gegen die Labour Party, sondern eine ihrer Untergruppen darstellt. Wo freiwillige Arbeit geleistet wird, da kann man ihre Mitglieder in den vordersten Reihen finden: als freiwillige Schreibkräfte in den einzelnen Wahlbezirken, als Austräger von Wahlplakaten, als Sprecher an Straßenecken, mit dem Rad auf dem Weg nach den kleinsten Dörfern, wo noch fruchtbares Wahlmenland zu erobern ist. Kurz und gut, bei all der

nach Sowjetrußland entzart zu werden. Was sie aber dort erlebte, das machte sie zu einer glühenden Feindin des Kommunismus. Nach ihrer Rückkehr nach Deutschland schloß sie sich irgendeiner anderen kommunistisch-anarchistischen Sekte an und seitdem predigt sie in Wort und Schrift: „Los von Moskau!“ Die „Rote Fahne“ hatte ihre Parteigenossen und die kommunistische Jugend aufgefordert, die Spandauer Versammlung zu besuchen, natürlich nicht, um mit Kethy Guttmann schlicht zu diskutieren, sondern um sie, wie es vorher schon an anderen Orten geschehen war, als Antibolschewistin zu verpöbeln. Man tat noch ein übriges, indem man Wilhelm Düwell, Kriegsberichterstatter a. D., als Parteirebner ersandte. Was aber geschah? Es war kaum ein Dutzend Parteikommunisten erschienen, Herr Düwell konnte nur mit Not ein paar Phrasen an den Mann bringen, nicht die kommunistische Partei, sondern ihre Brüder aus den anderen Fakultäten beherrschten mit Kraus und Rabau das Versammlungsfeld. Das Ganze löste sich in mitternächtlicher Stunde in einem Gebälge der verschiedenartigen Sektenanhänger auf.

Der Ostpreußen-Skandal.

Die Mißwirtschaft bei der Provinzial-Landesbank.

Wir haben vor einigen Wochen über die skandalösen Zustände berichtet, die in der Verwaltung der Ostpreussischen Provinzial-Landesbank herrschen, einem Institut, das sich der besonderen Fürsorge des deutschen nationalen Landeshauptmanns v. Brünnel und seiner Parteifreunde erfreut. Die von uns mitgeteilten Beispiele für die dort eingeriffene Mißwirtschaft haben den Anlaß gegeben, daß der preussische Minister des Innern einen Bericht über die Angelegenheit eingefordert und außerdem einen sachverständigen Kommissar zur Untersuchungsführung nach Königsberg entsandt hat. Auch im Landtag ist die Sache schon wiederholt zur Sprache gekommen, mit dem Ergebnis, daß unsere Landtagsfraktion im Interesse der Aufklärung dieser dunklen Geschichte eine Anfrage an die Regierung richtete.

Wie wir nun neuerdings aus Ostpreußen hören, hat vor dem Landgericht in Lyda vor kurzem die Hauptverhandlung gegen zwei Beamte der Filiale der Landesbank in Lyda stattgefunden. Ein Direktor dieser Zweigstelle hat sich Ende Juni dieses Jahres erlassen, nachdem Unregelmäßigkeiten aufgedeckt worden waren. Das Gericht hat nunmehr den zweiten Vorstandsbeamten wegen fortgesetzter Untreue und Urkundenfälschung zu 3 Jahren, einen weiteren Beamten aus demselben Grunde zu einem Jahr Gefängnis verurteilt.

Der Landesbank und damit den ostpreussischen Steuerzahlern ist durch die Verfehlungen dieser Beamten beträchtlicher finanzieller Schaden zugefügt worden. In nächstehenden Kreisen vertritt man die Ansicht, daß mangelnde sachgemäße Aufsicht und Kontrolle wesentlich dazu beigetragen haben, die Angestellten zu diesen Veruntreuungen zu verleiten. Diese Ansicht gewinnt dadurch an Boden, daß auch bei anderen Stellen der Landesbank Unregelmäßigkeiten aufgedeckt worden sind.

Durch alle diese Momente verstärkt sich der Eindruck, daß der Leitung und den Aufsichtsorganen der Landesbank erhebliche Verfehlungen ihrer Aufsicht- und Ueberwachungspflicht zur Last fallen, so daß diese als die eigentlichen Schuldigen anzusehen sind. Daran können auch die in der deutsch-nationalen Presse erscheinenden Entlastungsartikel und Demenstis, die um die wesentlichen Beschuldigungen herumgehen, nichts ändern. Zum Teil sind die von der Bankleitung ausgehenden Erklärungen offensichtlich irreführend gewesen. So z. B. hat der Generaldirektor der Bank, Herr Hud, erklärt, er habe niemals Gespräche abgehalten, die mit der Bank in einem direkten Zusammenhang stehen bzw. an denen die Bank beteiligt sei. Diese Erklärung erhält eine eigenartige Beleuchtung, wenn die mitgeteilte Behauptung sich bestätigt, daß Herr Generaldirektor Hud bei (seiner) Landesbank ein fingiertes Konto auf den Namen

Arbeit, zu der der durchschnittliche Engländer wenig Lust hat und die von den bürgerlichen Parteien mit schwerem Geld bezahlt werden muß.

Diese Freiwilligkeit der Wahlarbeit in der Labour Party, am Kontinent eine Selbsterständlichkeit, wird hier zu einem der wesentlichsten Elemente des Erfolges der Labour Party, zu einem Gegenstand des Reides der bürgerlichen Parteien. Was die Konserverativen im Wahlkampf ein Pfund Sterling kostet, das belastet die Arbeiterpartei mit einem Schilling. Diese Tatsache ist wohl der schlagendste Beweis für den Geist, der die Bewegung erfüllt, und die Erklärung dafür, daß die Arbeiterpartei im kostspieligsten aller Wahlkämpfe, im englischen, mit den gefüllten Kassen der liberalen und konserverativen Partei konkurrieren kann. „Hat jemals eine englische Partei eine solche Schar selbstloser Anhänger besessen?“ fragte neulich ein Redner voll ehrlichen und berechtigten Stolzes. Hierauf beruht ein großer Teil des geheimnisvollen Erfolges, den die englische Arbeiterbewegung in den letzten Jahren errungen hat. Dieser Geist des Opfermutes ist eine starke Gewähr dafür, daß die Labour Party auch diesen Riesenkampf gut bestehen wird.

Stürmische Wahlversammlungen in England.

London, 22. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Der Wahlkampf wird mit einer bisher in England nicht erlebten Hektik geführt. Zum erstenmal in der britischen Geschichte sind Parlamentskandidaten in den Wahlversammlungen durch die Opposition am Sprechen gehindert worden. Zwei liberale Redner, darunter Sir Alfred Mond, mußten ihre Vorträge vorzeitig abbrechen, weil aus Arbeiterkreisen stürmische Opposition laut wurde. In einer Reihe von Versammlungen der Arbeiterpartei sind von organisierten Trupps, die sich selbst englische Faschisten nennen, systematisch Robaufzüge ausgeführt worden.

In bürgerlichen Kreisen hat ein Offener Brief des ehemaligen Einpeitschers der Liberalen Mac Callum Scott an den liberalen Führer Asquith großes Aufsehen erregt. Scott fordert von Asquith die Ausgabe einer Parole an die liberalen Wähler in allen Wahlkreisen, wo sich nur ein konserverativer und ein Arbeiterkandidat gegenüberstehen, unter allen Umständen den Arbeiterkandidaten zu wählen.

Eine Rundgebung Macdonalds.

London, 22. Oktober. (W.T.B.) Macdonald hat an sämtliche Kandidaten der Arbeiterpartei eine Rundgebung geschickt, in der er folgendes sagt: Die Arbeiterpartei ist im ganzen Lande erfolgreich tätig. Obgleich wir in der Presse einer Opposition gegenüberstehen und in den Wahlkreisen vereinigte Gegner, wie sie bisher noch keine Partei gehabt hat, macht unsere Sache im Norden, Süden, Osten und Westen riefenhafte Fortschritte. Das Volk ist mit uns, und nichts kann unsere Vormarsch aufhalten. In ihrem Kampfe für Frieden nach außen und soziale Reformen im Innern begleiten Sie meine besten Wünsche.

„Hans Fischer“ unterhielt, über das er seine Transaktionen ausführen ließ und dem es nötigenfalls Kredit bewilligte. Es ist erstaunlich, daß dieser Herr trotz der schwebenden Untersuchung immer noch nicht von seinem Amte suspendiert ist.

Nach dieser Probe kann man auf das Ergebnis der behördlichen Untersuchungsaktion gegen die Landesbank neugierig sein.

Gelegentlich der gegen die Landesbank erhobenen Beschwerden ist übrigens eine andere skandalöse Tatsache bekannt geworden, nämlich die Spekulationsverluste bei der Zentrale der Landesbanken in Berlin. Diese Zentrale hat durch umfangreiche Effektengeschäfte (Spekulationen) Charakter eines Verlust von über 2 Millionen Gotmark erlitten. Dieser Vorgang ist angesichts des Umstandes, daß diese Banken öffentliche Institute sind, die mit öffentlichen Geldern und Krediten arbeiten, und die deshalb allgemein für mündelicher gehalten werden, eine Ungehörigkeit. Zu beachten ist, daß selbstverständlich auch hier aller Schaden letzten Endes zu Lasten der Steuerzahler geht. Auch in diesem Falle ist eine energische Nachprüfung von Seiten der verantwortlichen Behörden unbedingt zu fordern. Es darf auf keinen Fall über diesen Skandal der Mantel der christlichen Nächstenliebe gedekt werden, nur weil man die beteiligten „staatsbehaltenden“, das heißt reaktionären Kreise schonen will. Die Deffektivität hat alles Interesse daran, die volle Wahrheit zu erfahren.

Schulz-Debatte in Budapest.

Der Justizminister als Beschützer des Erzberger-Mörders.

Budapest, 22. Oktober. (W.T.B.) Nationalparlament. Abg. Ruppert interpellierte in der Angelegenheit der Verweigerung der Auslieferung von Schulz-Förster. Der Standpunkt der Regierung sei verfehlt, wenngleich auch Deutschland seinerzeit unrichtigerweise die Auslieferung des Tisza-Mörders Csernopal verweigert habe. Redner vertritt den Standpunkt, daß die Ermordung Erzbergers kein politisches Delikt sei. Abg. Ruppert fragte schließlich den Justizminister, weshalb der in Ungarn befindliche Schulz-Förster seinerzeit nicht verhaftet wurde, und ob er geneigt sei, sämtliche auf die Erzberger-Affäre bezüglichen Akten auf den Tisch des Hauses niederzulegen. Justizminister Pesthy erklärte, daß in der Erzberger-Affäre auch Abg. Farkas eine Interpellation angemeldet habe, und daß er beide Interpellationen gleichzeitig beantworten werde.

Abg. Farkas (Soz.) verlangt vom Justizminister Aufklärung über die Verweigerung der Auslieferung Schulz-Försters. Den Minister des Innern fragt er, warum die Polizei die Verhaftung Schulz-Försters erst verweigerte, als die Zeitungen Enthüllungen über den Fall veröffentlichten, obgleich doch die Polizei schon früher davon Kenntnis hatte, daß Schulz-Förster sich im Lande aufhalte.

Justizminister Pesthy erwidert, keines Wissens habe die Polizei, sobald sie von dem hiesigen Konsulent Schulz-Försters Kenntnis erhielt, sofort Maßnahmen ergriffen. (?) Die Regierung habe sich in ihrer Stellungnahme von keiner von außen kommenden Stimmung beeinflussen lassen. (?) Die Grundzüge ihrer Entscheidung war ausschließlich die von ungarischen Gesetzen und dem internationalen Recht gegebene. Zwischen Ungarn und dem Deutschen Reich besteht in dieser Frage keinerlei internationaler Vertrag, so daß ausschließlich die Gegenseitigkeit vor Augen gehalten werden konnte. Seinerzeit als Ungarn die Auslieferung des Hauptmanns Csernopal verlangte, wurden seitens der ungarischen Regierung Schritte in der Richtung unternommen, daß ohne Rücksicht darauf, ob der Mord aus politischen Motiven und zu politischen Zwecken verübt wurde, ein Gegenseitigkeitsverhältnis zwischen den beiden Staaten gelte, demzufolge die Auslieferung angeordnet wird. Die Verhandlungen haben jedoch zu keinem Ergebnis geführt und die deutsche Regierung hat die Auslieferung Csernopsals verweigert, weil seine Tat als ausschließlich politische Strafhandlung angesehen wurde. Die Ermordung Erzbergers ist auch von der gesamten deutschen Presse als politisches Verbrechen angesehen worden. (Wir haben eingehend nachgewiesen, daß dieser Vergleich absolut unzulässig ist. Red. d. W.) Diese Motive veranlassen die Regierung, die Auslieferung Schulz-Försters zu verweigern.

„Die Wirtschaft“ in Gefahr!

Die Eisen- und Stahlindustriellen als Retter.

Der Verein deutscher Eisen- und Stahlindustrieller feierte am Dienstag, den 21. Oktober, im früheren preussischen Herrenhaus sein 50jähriges Bestehen. Aus diesem Anlaß brachte die „Berliner Börsen-Zeitung“ eine eigenartige Festnummer heraus mit dem Stichwort:

Das Washingtoner Abkommen darf nicht ratifiziert werden!

So wollen es die Herren, so befehlen sie! Der Untertitel: „Eine sozialpolitische Kundgebung deutscher Wirtschaftsführer“ ist insofern falsch, als es sich um eine antizipolpolitische Kundgebung handelt. Was da auf den vier Seiten des Blattes von Walter Funk, M. Köhne, Ernst v. Borst, Konrad Bartsch, Fritz Tänzler (Hauptgeschäftsführer der Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände), A. Weiffinger, Fr. Eichberg und Fr. A. Pinkerneil gedruckt wurde, war bereits in den berüchtigten Schriften der Vereinigung der Arbeitgeberverbände über ihre Lohnpolitik und die Arbeitszeitfrage zu lesen. Dennoch ist erfreulich, daß just am Morgen nach der Reichstagsauflösung eine kürzere Fassung des Programms der Industriellen erschienen ist.

Walter Funk, der Redakteur der deutschnational-antifemistischen „Börsen-Zeitung“, sieht sich zu einem Urteil als „Wirtschaftsführer“ besonders berufen. Er behauptet, wenn das Washingtoner Abkommen über die Arbeitszeit ratifiziert wird und die von den Gewerkschaften propagierten Lohn erhöhungen um durchschnittlich 15 bis 20 Proz. vorgenommen werden, jeder Versuch zur Erfüllung der Verpflichtungen aus dem Londoner Pakt von vornherein aussichtslos ist und unsere Währungsstabilität gefährdet wird. Das Reichsarbeitsministerium begnüge sich jedenfalls nicht mit der Ratifizierung des Washingtoner Abkommens, es wolle durch die Arbeitslosenversicherung die sozialen Lasten noch stärker vermindern.

In der Eisen- und Stahlindustrie sei die Leistung in der Nachkriegszeit bei der Verkürzung der Arbeitszeit um 2 Stunden nicht nur um 20 Proz., sondern trotz vielfach vorgenommener technischer Verbesserungen um 40,8 Proz. gesunken.

Nach Wiedereinführung der verlängerten Arbeitszeit war eine Steigerung der Leistung um circa 50 Proz. festzustellen, obwohl die Arbeitszeitverlängerung nur 20 Proz. betrug.

Die hier beobachtete Erscheinung, wonach die Arbeitsleistung bei Arbeitszeitverlängerung um das Doppelte sinkt, bei Arbeitszeitverkürzung aber weit über das Doppelte des Zeitunterschiedes steigt, ist ökonomisch wie physiologisch und psychologisch so wunderbar, daß man sich mit der nackten Behauptung unmöglich begnügen kann, sondern genaueren Aufschluß darüber fordern muß.

Der „Funk“-Dienst des Unternehmertums verrät aber auch, weshalb die Industrie nicht mehr vom Wirtschaftswechsel zum Dreischichtwechsel zurückgehen will:

„Befähigt man die zweimal 12stündige Schicht über Tage, so wird der Bergmann unter Tage auch nicht mehr zur achtstündigen Schicht zu bewegen sein.“

Wir müssen die Bergarbeiter gegen die Unterstellung in Schutznahme, als arbeiteten sie nur deshalb 8 Stunden, weil ihre Kameraden über Tage 12 Stunden arbeiten; sie würden nicht mehr 8 Stunden arbeiten, wenn diese auch nur 8 Stunden arbeiteten. Jahrelang hat man den Bergarbeitern zugesagt, sie müßten unter allen Umständen mehr Kohlen fördern; darauf kamme alles an, davon hänge alles ab. Feiertaglichen, Abbau und

Betriebsstilllegungen sprechen dagegen. Feiertaglichen, Abbau und worum es sich in Wirklichkeit handelt:

„Es kommt heute nicht darauf an, mehr Kohle, als vielmehr billigere Kohle zu fördern.“

Wenn wir dies mit der bisherigen Arbeitszeit nicht erreichen können, müssen wir eben mehr arbeiten.“

„Wir“, sagt Funk, er meint jedoch die anderen, die Bergleute, die heute sieben Stunden arbeiten und eine Ueberstunde machen, also acht Stunden arbeiten. Selbst wenn man die deutschen Bergarbeiter zwingen könnte, 10 Stunden zu arbeiten, was wäre damit gewonnen? Im Auslande, vorab in England, würde man entweder zu Maßnahmen greifen müssen, um die Einfuhr deutscher Kohle zu erschweren, oder man würde auch dort die Arbeiter unter dem Druck der deutschen „billigen“ Konkurrenz zu gleich langer Arbeitszeit zwingen, zur Förderung ebenso billiger Kohlen. Das wissen auch die Herren vom Stahl und Eisen. Sie wollen nur ihre Profitgier nicht so offen zeigen, von der ihre Rezeptur — für die anderen — diktiert sind.

Das Reichsarbeitsministerium wird als wirtschaftsfeindlich erklärt und seine Beseitigung gefordert, durch Zusammenschluß mit dem Reichswirtschaftsministerium, „in das auch das Reichs Ernährungsministerium und der Tors des Reichsverkehrsministeriums aufgehen müssen“. Wenn die Deutschenationalen mit der Volkspartei die Regierung in die Hände bekommen, überweist man der Einfachheit halber die Aufgaben des Reichsarbeitsministeriums der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände.

Bekanntlich hat „die Industrie“ die Arbeiterlöhne so weit herabgedrückt, um die Arbeiter zu zwingen, länger zu arbeiten, um existieren zu können. Die Herren gehen zu, daß die Löhne zu niedrig sind, beraten aber die Arbeiter, daß sie ja mehr verdienen könnten, wenn sie nur länger arbeiten wollten.

Unter dem Einfluß der Krise im Anschluß an die Inflationsperiode, die die Gewerkschaften leerte, Verwirrung in die Arbeiterschaft brachte und ihre Geschlossenheit beeinträchtigte, ist die Lohnruderei auf einen Tiefpunkt angelangt, der selbst die Unternehmer in Erstaunen setzt. Wenn die „deutschen Wirtschaftsführer“ sich auch nur einmal die Ziffern der Lohnlöhne ansehen wollten, die in ihren Betrieben aufgezeichnet worden, und sie mit den Lebensmittelpreisen vergleichen würden, dann müßten sie sich unwillkürlich fragen: „Wie ist es nur möglich, daß die Arbeiter bei solchem Einkommen mit ihren Familien existieren können?“ Aber der „Wirtschaftsführer“ Funk mag zu fordern:

„Man muß das Volk zum Sparen zwingen.“

Wer es wagt, die deutsche Arbeiterschaft in ihrer heutigen Notlage derart zu verhöhnen, müßte auch den Mut haben, das Leben eines verheirateten Arbeiters auch nur vier Wochen lang zu führen, der mit 14 bis 19 Mark Wochenlohn nach Hause geschickt wird. Der Unterschied zwischen der Lebensführung der Eisenindustriellen und jener der Arbeiter muß schon ungemein groß sein, wenn die „Wirtschaftsführer“ fast ausnahmslos keinen blaffen Schimmer von der Not des Volkes gewahren. Bei den bevorstehenden Wahlen muß ihnen jedenfalls ein gehöriges Licht aufgeleuchtet werden.

Der Stimme der Profitmacher haben wir unsere Stimme und unsere Stimmen entgegenzusetzen. Das Spiel geht um die Existenz der deutschen Arbeiterschaft!

Als Ergebnis der Verhandlungen am Mittwoch wurde ein Spruch gefällt, der den verheerenden Lebensverhältnissen umso weniger Rechnung trägt, als die Löhne in den Maschinenbauereien und für die Konfektionsarbeiten seit April dieses Jahres ununterbrochen geblieben sind. Für die Arbeiterinnen wurde der Lohn von 84 auf 88 Pf. erhöht, für die Arbeiterinnen um durchschnittlich 2 Pf. Die Geltungsdauer des Lohnabkommens wurde von der laufenden Lohnwoche bis Ende dieses Jahres festgesetzt.

In der Branchenversammlung am Mittwoch abend berichtete Faustmann, daß die Arbeitgeber während der Verhandlungen sich über die eingereichten Lohnforderungen ganz verwundert zeigten, da sie doch während der Zeit geringerer Lebenshaltungskosten auch keine Lohnföhrungen verlangt hätten. Trotzdem in der Diskussion die Lohnhöhrungen als völlig unzureichend bezeichnet wurden, wurde schließlich dem Schiedspruch zugestimmt.

Faustmann erwähnte die Annahmen, für einen stärkeren Ausbau der Organisation zu sorgen, damit in den kommenden Mandatstufen Verhandlungen der Verband eine genügende Rückendeckung habe. In der Frage der Stücklohnarbeit wurden die Annahmen verpflichtet, unter keinen Umständen dem Verlangen der Arbeitgeber zu entsprechen.

Der Streik in der Strickerlei Trikota ist beendet!

Es gelang, den angebrohten Lohnabbau um die Hälfte zu verringern. Da der Betrieb noch nicht lange besteht, war das Organisationsverhältnis nicht geschlossen. Die Arbeiterschaft mußte sich deshalb mit diesem Teilerfolg begnügen. Möge sie hieraus die Lehre ziehen, daß im wirtschaftlichen Kampf ein gutes Organisationsverhältnis die erste Vorbedingung ist.

Der Streik bei der Teppichfabrik M. Prohen & Sohn wird geschlossen weiter geführt. Die Firma lehnt es ab, mit den Streikenden zu verhandeln, weil sie alle Arbeitnehmer fristlos entlassen hat.

Ein wichtiger Entlassungsgrund?

In einem Großbetriebe der Metallindustrie dürfen sich die Kriegsbeschädigten eine Viertelstunde vor Feierabend waschen und umkleiden. Zu diesem Zweck ließ sich ein Kriegsbeschädigter vom Meister den Schlüssel zur Garderobe geben. Während sonst der Sooldiener mitging und nach beendigtem Umkleiden des Kriegsbeschädigten den Garderobenraum abschloß und den Schlüssel zurückbrachte, verlangte jetzt der Meister auf Anordnung der Betriebsleitung, daß der Kriegsbeschädigte selber den Schlüssel zurückbringe. Der Kriegsbeschädigte weigerte sich dessen, er ging nach Hause, so daß der Garderobenraum bis zum

Erscheinen der übrigen Arbeiter einige Minuten unverschlossen und unbeaufsichtigt blieb. Am folgenden Tage stellte der Meister den Kriegsbeschädigten wegen dieses Vorfalles zur Rede. Der Kriegsbeschädigte lehnte es ab, mit dem Meister zu verhandeln, er verlangte, daß der Vertrauensmann hinzugezogen werde, damit der Meister von dem, was verhandelt werde, nicht wieder „etwas abschwätzen“ könne. Als sich der Kriegsbeschädigte zum Gehen wandte, sagte der Meister, was so ein dummes Mensch sich einbilde.

Nach diesem Vorgang wurde der Kriegsbeschädigte fristlos entlassen. Er klagte beim Gewerbeamt. Die Kammer 10 unter dem Vorsitz des Magistratsrats Sommer wies die Klage ab mit der kurzen Begründung, es liege ein wichtiger Entlassungsgrund vor, denn der Kläger habe sich beharrlich geweigert, seine Pflichten zu erfüllen.

Dies Urteil stützt sich unserer Meinung nach auf eine völlig irrtümliche Anwendung des § 123 Abs. 3 der Gewerbeordnung. Wir wollen die Weigerung des Klägers, den Schlüssel zurückzubringen, keineswegs billigen, denn die Rückgabe hätte ihm weder einen nennenswerten Zeitverlust, noch sonst einen Nachteil gebracht. Man mag sein Verhalten als eine Ungehörigkeit bezeichnen, aber ein Grund zur fristlosen Entlassung im Sinne des § 123 Abs. 3 der Gewerbeordnung ist es auf keinen Fall, denn dieser sagt, daß Arbeiter fristlos entlassen werden können, wenn sie „den nach dem Arbeitsvertrag ihnen obliegenden Verpflichtungen nachzukommen beharrlich verweigern“.

Da die Anordnung des Meisters erst in einem einzigen Falle verweigert wurde, kann von einer beharrlichen Verweigerung keine Rede sein, und dann ist das Zurückbringen des Garderobenschlüssels doch keine im Arbeitsvertrag begründete Verpflichtung. — Das Urteil beruht also auf einem Rechtsirrtum.

Der Gemeindearbeiterstreik in Mitteldeutschland.

Magdeburg, 22. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Die Gemeindearbeiter in Mitteldeutschland sind in den Streik getreten, weil der Arbeitgeberverband der Kreise und Gemeinden in Mitteldeutschland die Lohnverhandlungen schon seit Monaten hinschleppte. Ein Schiedspruch der Bezirkschiedsstelle in Magdeburg hat den Arbeitern eine Lohn-erhöhung von 3 Pf. pro Stunde zugesprochen. Der Arbeitgeberverband hat diesen Schiedspruch abgelehnt und gefordert, an Stelle der fünf bisherigen Lohngruppen sieben Lohngruppen einzuführen, und zwar zwei Handwerkergruppen, zwei Gruppen für angelernte und drei Gruppen für ungelernete männliche Arbeiter. Diesen sieben Gruppen der Arbeiter würden sich mindestens noch weitere sieben Gruppen der Arbeiterinnen anreihen.

Der Zentralausschuß, die letzte Schiedsstanz im Reichsmanteltarif der Gemeindearbeiter, hat den Schiedspruch der Magdeburger Schiedsstelle aufgehoben und die Forderung des Arbeitgeberverbandes anerkannt, so daß durch seinen Spruch die vierzehnstufige Eingruppierung der Arbeiter vorgenommen werden sollte. Dieser Spruch mußte von den Arbeitnehmern abgelehnt werden, da die Dreipennig-Lohn-erhöhung nach dem Magdeburger Schiedspruch nur für die ersten Gruppen voll gezahlt, für die nachfolgenden Gruppen aber prozentual abgestuft werden sollte.

Zu diesen Löhnen wurde eine Erhöhung von 10 Pf. für August und September für Arbeiter und von 6 Pf. für Arbeiterinnen gefordert. Diese Forderung wurde abgelehnt. Von der Ortschiedsstelle Magdeburg wurden den Arbeitern 3 Pf. zugesprochen für den Monat September; ab 1. Oktober sollen weitere 5 Pf. zugestimmt werden. Die Arbeitnehmer haben die Beibehaltung der bisherigen Lohnklassen gefordert. Eine Verständigung wurde nicht erzielt und so sind im mitteldeutschen Bezirk bis jetzt 7000 Gemeindearbeiter im Streik.

Die Streikenden haben sich bereit erklärt, in allen Betrieben die Notstandsarbeiten zu verrichten. Trotzdem haben einzelne Stadtverwaltungen und darunter Magdeburg die Technische Rothilfe in den Betrieben eingesetzt und so die Verrichtung der Notstandsarbeiten durch Gemeindearbeiter unmöglich gemacht.

Die Technische Rothilfe hat es sehr wichtig in diesem Streik. Sie muß nach ihrem jüngsten Pressebericht z. B. in Erfurt die Heizung in den Magistratsbüros beibehalten und in Nordhausen die Heizung im Rathaus durchführen.

Achtung, Berliner Baukumpen! Der Schiedspruch vom 18. Oktober ist von der Klemmerierung angenommen. Damit treten die neuen Lohnsätze vom 17. Oktober ab in Kraft. Lohnsätze sind Linienstr. 83/85, Zimmer 20, zu haben. Die Ortsverwaltung des SVB.

Achtung, Lithographen und Steinbrucker! Wegen Nichtanerkennung des Tarifes haben sämtliche Lithographen und Steinbrucker in den Deutschen Werken die Arbeit niedergelegt. Die Firma ist hiermit gesperrt. Jedes Angebot ist strikte abzulehnen. Der Ortsvorstand.

Achtung, Buchbinder in den VDB-Betrieben! Mit dem VDB ist es gestern zu einer Vereinbarung gekommen, die mit dem heutigen Tage in Kraft tritt. Verichterstattung für die Funktionäre Freitag abend 6 Uhr bei Gröndler, Zimmerstr. 30. Die Branchenleitung.

Der Streik im ostberchlesischen Baugewerbe ist durch einen Schiedspruch beendet worden, der den Arbeitern eine Lohn-erhöhung von 10 Proz. zubilligt.

Achtung, Ausgeperrte der AEG-Turbinenfabrik!

Lohnzahlung ist morgen, Donnerstag, zu dem in den Meisterkassen sonst üblichen Zeiten in der alten Halle, Einzug Dutzendstr. 16. Morgen, Donnerstag, nachm. 3 Uhr, in der Schulstraße, Rosfelder Straße, Verlammlung aller freigewerkschaftlich organisierten Kollegen. Mitgliedsbuch kontrollieren. Freitag, den 24. Oktober, nachm. 3½ Uhr, im Roßbiter Gesellschaftshaus, Wilsdrufferstr. 10, Verlammlung der gesamten Belegschaft.

Achtung, Kupferschmiede! Heute, Donnerstag, abend 7½ Uhr, im Saal I des Gewerkschaftshauses Ackerstr. 10, Verlammlung der gesamten Belegschaft. Das Erscheinen eines jeden Kollegen ist unbedingt erforderlich. Die Ortsverwaltung.

Verantwortlich für Politik: Carl Reuter; Wirtschaft: Victor Saterius; Gewerkschaftsbewegung: Fr. Schorn; Revolution: Dr. John Schickowski; Soziales und Sonstiges: Fritz Karst; Anzeigen: H. Giese; Anstalt in Berlin: Berlin: Bornharts-Berlin G. m. b. H.; Berlin: Deutscher Buchdruckerverband und Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 2. Hierzu zwei Beilagen und Unterhaltungsbeilage „Seitweil“.

Sophien-Säle Sophienstraße 17-18. **Säle frei!** Norden 9296.

Gebrauche Ata



-und im Haus sieht's stets bei dir wie Sonntag aus!
(ATA Henkel's Putz- und Scheuermittel)

Die Ausgeschlossenen.

Eine Warnung für deutsche Auswanderer, die nach Amerika wollen.

Viele Personen, die einen Freund oder Verwandten aus der alten Heimat herüberkommen lassen wollen, zögern oft lange, ehe sie zur Auswanderung aufmuntern oder das Reisegeld hinüberreichen. Hauptsächlich werden sie dadurch abgehalten, daß der Einwanderer aus irgendeinem Grunde nicht zugelassen werden könnte, nachdem er die Brücken hinter sich abgebrochen und das Reisegeld verausgabt hat. Niemand scheint instande zu sein, ihm bestimmt zu sagen, ob der Einwanderer zugelassen werden wird oder nicht. Tatsächlich kann kein Zeitungsredakteur, kein Informationsbureau, an das man sich gewöhnlich wendet, eine bestimmte Antwort geben; denn den endgültigen Entschluß treffen die Einwanderungsbehörden der Vereinigten Staaten, die sich in bezug auf die Zulässigkeit des Einwanderers vor dessen Eintreffen im Ankunftshafen nicht äußern können.

Die Armen.

Die größte Zahl der Abgewiesenen findet man in der Rubrik A. P. C. Diese Anfangsbuchstaben bezeichnen den englischen Ausdruck „Likely to become a Public Charge“ (wird wahrscheinlich der öffentlichen Wohltätigkeit zur Last fallen). Diese Gruppe umfaßt Einwanderer, deren Lebensunterhalt nicht genügend verbürgt ist oder die einen körperlichen Mangel aufweisen, der sie daran hindern kann, ihren Lebensunterhalt zu verdienen. 8230 Einwanderer dieser Kategorie wurden von der Landung ausgeschlossen, und weitere 1088 Ausländer dieser Gruppe wurden im Laufe des Jahres von den Einwanderungsbehörden aufgegriffen und abgeschoben. Allein reisende Frauen und Kinder kommen fast sicher in diese Kategorie, wenn sie kein ordentliches „Affidavit of Support“ aufweisen können. Das

gleiche trifft zu auf eine Witwe, die zu einem emigrierten Verwandten kommt, auf eine alte Großmutter, die sich zu einem Sohn begibt, der augenscheinlich mittellos ist. Um zu entscheiden, ob ein Ausländer wahrscheinlich der öffentlichen Wohltätigkeit zur Last fallen wird, ziehen die Einwanderungsbehörden unter anderem folgende Dinge in Betracht: seinen Beruf (einschließlich der physischen Fähigkeit, dem Beruf nachzugehen), die Zahl der lebenden Personen, die in bezug auf den Lebensunterhalt von ihm abhängen, die Möglichkeit, die sich dem Einwanderer bietet, Arbeit zu finden und zu behalten, und die Geldsumme, die er besitzt. Es ist wohl zu beachten, daß ein Affidavit, welches die amerikanischen Konsuln in Europa ausstellen, nicht immer den Ansprüchen des Einwanderungsinspektors im amerikanischen Ankunftshafen entspricht. Man tut daher gut, die Affidavits sehr sorgfältig ausstellen zu lassen, und zwar von dem nächsten Blutsverwandten. Wenn möglich, sollte man neben dem Affidavit ein Empfehlungsschreiben von einem angesehenen amerikanischen Bürger, wie etwa von dem Arbeitgeber der Person, die den Einwanderer kommen läßt, hinüberschicken.

Analphabeten.

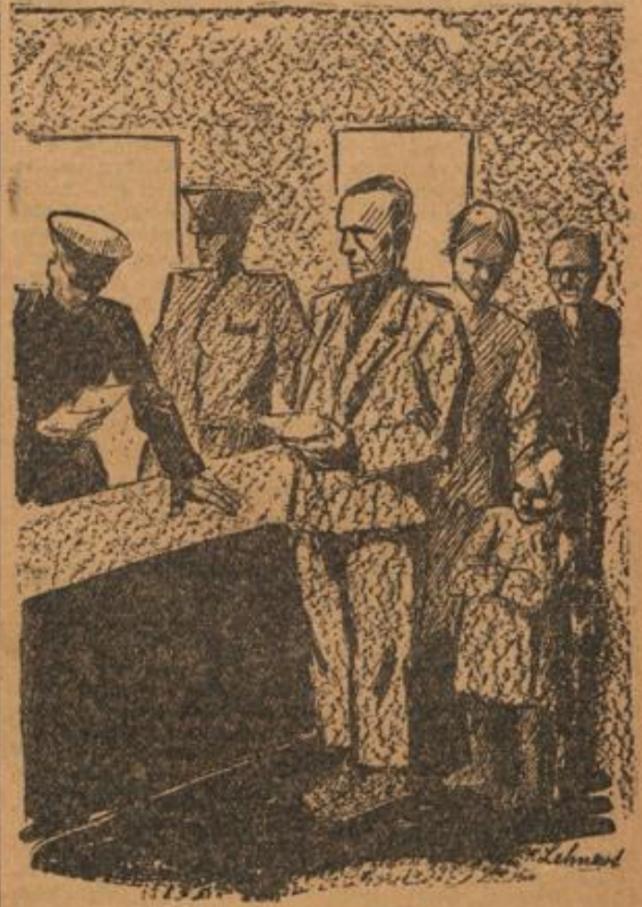
2095 Analphabeten wurden von der Landung ausgeschlossen, da das Einwanderungsgesetz verlangt, daß der Einwanderer lesen kann. Die Beprüfung des Ausländers wird so vorgenommen, daß der Inspektor ihm eine Karte zu lesen gibt. Diese Karte enthält Auszüge aus der Bibel in vielen Sprachen und eifrigen Dialekten. Bei der Prüfung kann der Ausländer die Sprache wählen, in der er geprüft werden will. Er muß nicht weniger als 30 und nicht mehr als 40 Worte mit Verständnis lesen können. Die Karten für Einwanderer aus nichtchristlichen Ländern enthalten keine Bibelstellen, sondern eine Aufforderung, irgendeine einfache Handlung zu vollziehen. Bewohner der Vereinigten Staaten, ob Ausländer oder Bürger, sowie zulässige Ausländer können ihren Vater, ihren über 55 Jahre alten Großvater, ihre Frau, Mutter oder Großmutter und ihre unverheiratete oder vermittelte Tochter herüberkommen lassen oder mitbringen, ohne daß die Vesebestimmung auf diese Verwandten Anwendung findet. Von der Bestimmung sind ebenfalls ausgeschlossen Ausländer, die in zufriedenstellender Weise beweisen können, daß sie in dieses Land kommen, um der religiösen Verfolgung zu entgehen.

Kontraktarbeiter.

Die drittgrößte Gruppe der Ausgeschlossenen bilden die sogenannten Kontraktarbeiter. Diese Einwanderer glauben, daß nur solche als Kontraktarbeiter von der Landung ausgeschlossen werden, die einen bestimmten Arbeitskontrakt unterzeichnet haben. Die Bestimmung über Kontraktarbeiter schließt jedoch jeden aus, der durch mündliche Arbeitsverprechungen bewogen worden ist, nach den Vereinigten Staaten auszuwandern. Wer im Ausland eine Stellungsanzeige gelesen hat und dadurch veranlaßt worden ist, herüberzukommen, wird genau so als Kontraktarbeiter betrachtet wie jemand, dessen Reise von einer Gesellschaft bezahlt worden ist, die ihn als Arbeiter zu beschäftigen sucht. Eine Ausnahme wird bei gelerntem Arbeitern gemacht, wenn ein Mangel an solchen gelerntem Arbeitern besteht, aber in dem Fall muß das Arbeitsdepartement in Washington die Einreise solcher Einwanderer vorher besonders bewilligen. Auch Dienstboten werden zu der Klasse der Kontraktarbeiter gerechnet. Solange die Quote nicht erschöpft ist, können sich Dienstboten, die sonst allen Bestimmungen der Einwanderungsgesetze genügen, nach einer bestimmten Familie in diesem Lande begeben. Nach der Erschöpfung der Quote ihres Geburtslandes dürfen Dienstboten auch dann landen, wenn sie sich in Begehung der Familie befinden, von der sie vorher im Ausland beschäftigt waren, oder wenn sie sich nach dieser Familie begeben. Frauen und Kindermädchen werden nicht zu der Klasse von Dienstboten gerechnet.

Kranke.

Über 1000 Personen, die nicht landen durften, gehören zu den Klassen A. C. D. und D. C. D. A. C. D. ist die Abkürzung für „Loathsome and Contagious Disease“ (eitelhafte und ansteckende Krankheit), wie Hautschwamm, Cäsusucht, Trachoma (Augenkrankheit) und ähnliche Krankheiten. Die an solchen Krankheiten leidenden



In der neuen Welt.

den Einwanderer sind automatisch von der Landung ausgeschlossen. Der von der Einwanderungsbehörde benützte Ausdruck A. C. D. bedeutet „Dangerous and Contagious Disease“ (gefährliche und ansteckende Krankheit, wie Geschlechtskrankheiten und Schwindel). Unter der Rubrik der wegen körperlicher Mängel Abgewiesenen finden wir 780 Fälle von Irrsinn oder Halluzin, 156 Fälle von geistig minderwertigen Personen und 55 chronische Säuer. Die Frage, ob ein Einwanderer, der ein geringes körperliches Gebrechen aufweist, oder einen anderen Defekt, wie etwa den Verlust der Sehkraft auf einem Auge, den Verlust eines Gliedes, der Hörfähigkeit oder der Sprache, landungsfähig ist, kann nicht im voraus vor der Untersuchung im Ankunftshafen entschieden werden. Derartige körperliche Mängel reihen den Einwanderer nicht an und für sich den unbedingt auszuschließenden Personen an, werden aber ernsthaft bei der Entscheidung in Erwägung gezogen, ob der Ausländer wahrscheinlich der öffentlichen Wohltätigkeit zur Last fallen wird. Ist ein Auswanderer sonst zulässig, so kann er unter Bürgerschaft landen, d. h. jemand muß für ihn einen sogenannten Bond stellen und dafür bürgen, daß der Ausländer nicht der öffentlichen Wohltätigkeit zur Last fällt.

Kinder.

Ferner wurden 262 Kinder unter 16 Jahren ausgeschlossen, die allein reisen oder sich zu einem ihrer Eltern begaben. Das Einwanderungsgesetz ist sehr streng in dieser Hinsicht. In vielen Fällen hat eine Mutter oder ein Vater in den Vereinigten Staaten einen



Abschied von der Heimat.

Der Mittelweg.

Von Sir Philip Gibbs.

„Ach Bertram, ich fürchte, das Kind ist ganz zu den Sinnfeinern übergegangen. Sie begeistert sich dafür, wie damals für die Suffragettes. Der Vater droht, sie aus dem Hause zu werfen, wenn sie noch ein einzigesmal davon anfängt. Wir hatten gestern eine eifersüchtige Szene.“

Bertram konnte sich das vorstellen. Susanna schwärmte für Szenen. Sie war eine irische Rose mit vielen scharfen Dornen. Ihr Blut kannte keine normannische Kühle. Sie hatte nichts von der Sanftigkeit ihrer Mutter.

Frau Pollard ließ mehr als ihre gewöhnliche Aengstlichkeit durchblicken. „Wenn es nur nichts Schlimmes mit Susanna ist. Vor einigen Tagen ist schon ein Schuhmann hiergewesen.“

„Ein Schuhmann? Das hört sich ja wie ein Melodrama an.“

Er wollte, daß ihm Susanna die Adresse eines jungen Iren Dennis O'Brien sagte. „Susanna behauptete nichts von ihm zu wissen, aber ich weiß, daß sie sich immer mit ihm schreibt.“

Bertram entfuhr ein „Donnerwetter!“ wofür er sich bei seiner Mutter sofort entschuldigte. Er versuchte vor ihr seine eigene Erregtheit zu verbergen. Er kannte Dennis O'Brien. Er war mit ihm in der gleichen Maschinenabwehrabteilung gewesen und von ihm hatte er immer die Neuigkeiten aus Irland gehört. Keine Nachrichten, über die man leichtfertig debattieren konnte. Der Junge war mit Leib und Seele Sinnfeiner.

„Wo ist Susanna?“ fragte er kurz.

Frau Pollard griff sich an die Stirn. „Kann ich das wissen? Moderne Töchter ziehen ihre Mütter nicht mehr ins Vertrauen. Sie kommen und gehen, wie es ihnen gefällt, und weisen Fragen zurück. Zu meiner Zeit ist das nicht so gewesen.“

Bertram mußte bei den letzten Worten lächeln. Wie oft hatte er sie früher gehört. Wie oft hatten er und die beiden Mädels — alle drei Rebellen — als Kinder vor Jahren über sie gelacht. Sein Bruder Digby, der jetzt als Schwarz-Gelber — weils eifersüchtiger Gedanke — in Irland war, war damals noch zu klein gewesen, um über diesen Spatz zu lachen.

Er blieb noch etwas, seine Gedanken lösten sich allmählich von Joyce und seinem toten Kinde. Bei seiner Mutter, deren

Viehe beruhigend und alles verstehend war, fühlte er sich wieder als Knabe. Sie sprachen von alten Zeiten und die Mutter vergoß ein paar Tränen, weil sich alles so sehr verändert hatte, und sie sich so einsam und verlassen fühlte, wo nun auch Digby, ihr Jüngster, nach Irland in den Mittelpunkt all dieser Schredlichkeiten gegangen war.

Sie machte keine Anspielung, daß auch Joyce an ihrer Vereinsamung etwas mitschuldig war. Joyce schien sie nicht sehr zu lieben und hielt Bertram mehr als es höflich war, von seiner Mutter zurück.

Bertram erriet ihre Gedanken. „Wenn es Joyce erst wieder gut geht, werden wir öfter zu dir kommen, Mutter.“

„Das ist lieb von euch,“ antwortete sie ruhig, aber nicht sehr hoffnungsvoll.

Er verließ sie kurz vor Mitternacht und war bereits wieder in der Holland Street, bevor das Parlament eine lange Debatte über die Lage in Irland beendet hatte.

Am nächsten Morgen sah Bertram, daß seines Vaters Rede wörtlich in der Zeitung abgedruckt worden war. Er las sie nicht.

5.

Joyces Genesung schritt nur langsam vorwärts. „Braucht Aufseherung!“ meinte die Pflegerin, die noch im Hause geblieben war. „Aber Besuch kann ich noch nicht erlauben. Das Aufseherin ist Ihre Sache, Herr Major!“

Bertram tat, was er konnte, um sie zu erheitern, ging im Krankenzimmer aus und ein, brachte Blumen, Bücher, illustrierte Blätter mit und äußerte heitere Bemerkungen über das Wetter und die Dinge im allgemeinen. Aber Erfolg hatte er nicht. Joyce schien sich über etwas zu kränken und blieb niedergeschlagen. Nur wenn die Pflegerin sie manikürte, oder wenn ein „Truelse“-Mädchen kam, um ihr das kurzgeschchnittene Haar zu kämeln, heiterte sie sich etwas auf. Auch zerstreuten sie die vielen Erkundigungen nach ihrem Befinden, die meistens von so vielen Blumen begleitet wurden, daß Bertrams Sträußchen darunter ganz verschwand. So oft es läutete, war sie gespannt, welcher von ihren Freunden es wohl sein konnte.

„Ist Kenneth noch nicht hier gewesen?“ fragte sie und auf Bertrams Antwort: „Mindestens ein halbes Duzend mal“ sah sie ihn belustigt und provozierend an. „Ein netter Junge! Die Pflegerin muß mir erlauben, ihn zum Tee einzuladen.“

Bertram unterdrückte eine plötzliche Eifersucht. In diese Dummheit durfte er nicht wieder verfallen. Nach einer kurzen Pause, die Joyce wohl verstand, erlaubte er sich nur den

schüchternen Vorschlag, daß sie vielleicht besser täte, zuerst Familienmitglieder zu empfangen, ihre Mutter z. B. und auch seine, und auch Susie, seine Schwester. Sie würden sich immerhin verkehrt fühlen, wenn andere dort Zutritt hätten, wo sie ausgeschlossen wären.

Joyce schnitt eine drollige Grimasse. „Ach, bei dir muß alles nach den Regeln des Anstands gehen! Natürlich muß ich Mama empfangen, aber wozu auch gleich Schwiegermütter und Schwägerinnen, das begreife ich nicht. Es wäre viel lustiger, Kenneth und noch ein paar aus meinem Kreise hier zu haben, eine richtige tolle Teegesellschaft, mit der wir meine Rückkehr in die Gesellschaft feiern könnten.“

„Gott! fange doch so etwas nicht wieder an!“ sagte Bertram hastig.

„So etwas?“ fragte Joyce kalt.

Er vermied eine direkte Antwort. „Laß uns erst mal ein bißchen ruhig bleiben, uns beide. Ich muß mir die Sache erst überlegen. Vor allem brauche ich Arbeit.“

„Daran werden meine Teegesellschaften dich nicht hindern,“ sagte Joyce, setzte sich im Bette auf und wurde dunkelrot.

Bertram, fangen wir doch nicht wieder mit den alten Argumenten an. Ich lasse dir freie Hand. Ich bin auf keinen deiner Freunde eifersüchtig, obgleich der Sozialist, dieser Christy, einen üblen Einfluß auf dich ausübt. Ich bestehe darauf, meine eigenen Freunde zu haben und sie zu treffen, wann und wie es mir gefällt. Wenn du kein Vertrauen zu mir hast, so beleidigt mich das in meinem Ehrgefühl.“

„Aber geliebtes Kind,“ flüchelte Bertram zerknirscht und demütig. Natürlich vertraute er ihr, es war ja alles ganz harmlos, natürlich war er davon überzeugt, daß ihre Freundschaft mit Kenneth Murles absolut rein und ehelich war, und doch war diese Freundschaft ihm so verhasst, denn er liebte seine Frau mit eifersüchtiger Liebe und haßte alle aus ihrer Umgebung, denn sie verdrängten ihn aus dem absoluten Besitzrecht, nach welchem er sich sehnte.

„Ich werde Kenneth morgen zum Tee bitten,“ sagte Joyce entschieden, „und danach andere von all denen, die mich besuchen möchten. Wir graut schon vor dieser ganzen Krankenstübeneristenz. Hoffentlich nie wieder nach dieser einen Erfahrung!“

„Lade ein, wen du nur möchtest,“ sagte Bertram und beugte sich über sie, um sie zu küssen, aber sie wich ihm verdrießlich aus.

(Fortsetzung folgt.)

Grund in dem alten Heimatsort gebeten, sich der Kinder während der Reise anzunehmen. Wenn nun eins der Kinder aus irgendeinem Grunde von der Wandlung ausgeschlossen wird, muß auch die begleitende erwachsene Person mit ihm zurück. Auf diese Weise wurden im vergangenen Jahre 196 Erwachsene ausgeschlossen, welche Kinder oder kranke und invalide Personen begleiteten, obwohl sie selbst zugelassen worden wären, wären sie allein gekommen. Übernimmt jemand die Begleitung von Kindern auf der Reise, so sollte er sich zuerst vergewissern, ob der Vater oder die Mutter oder auch beide Eltern das Kind erwarten und vollausfähig sind, für das Kind zu sorgen. Eltern, die einen Freund in der alten Heimat bitten, ihr Kind mitzubringen, müssen darauf gefaßt sein, die Rückfahrt des Begleiters zu bezahlen für den Fall, daß das Kind nicht landungsfähig ist. Die Einwanderungsbehörden gestatten, daß der ursprüngliche Begleiter einen Vertreter stellt, vorausgesetzt, daß die Eltern die Rückreise bezahlen; denn die Dampfschiffsgesellschaft ist nur für die Zurückführung ausgeschlossener Ausländer verantwortlich.

Das Visum des amerikanischen Konsuls verbürgt nicht die Zulassung des Einwanderers. In letzter Instanz entscheiden nur die Einwanderungsbehörden der Vereinigten Staaten, und der endgültige Entscheid kann nur im Gebiete der Vereinigten Staaten gefällt werden. Der amerikanische Konsul ist beauftragt, Fahrgäste zu warnen, wenn ihre Wandlungsfähigkeit im Zweifel steht. Kommt der Fahrgast trotz dieser Warnung und wird er von der Schiffahrtsgesellschaft befördert, so trägt nur der Fahrgast das Risiko. Der von dem Einwanderungskommissar in jedem Anlaufshafen ernannte besondere Untersuchungsausschuß (Board of Special Inquiry) entscheidet über den Ausschluß von Einwanderern. Jeder Ausschuß besteht aus drei Mitgliedern, die aus einer Liste von Beamten gewählt werden, die von dem Arbeitssekretär und dem General-Kommissar für Einwanderung gutgeheißen worden ist.

Zwei Meineide um ein paar Stiefelsohlen. Meister und Lehrling ins Zuchthaus.

Um Nichtigkeiten werden nicht nur täglich zahllose Eide geschworen, sondern leider auch Meineide, wie die Gerichtspraxis der letzten Zeit gezeigt hat, in Hülle und Fülle. Durch die Selbstbestätigung eines Fürsorgezöglings war ein Meineidsverfahren in Hülle genommen, das das Schwurgericht I beschlagnahmt. Dem Schuhmachermeister Paulschus in Königs-Wusterhausen hatte ein dort ebenfalls wohnender Kunde, namens Kaaß, Stiefel zum Besetzen gebracht. Das war Ende Oktober 1922. Der Kunde konnte aus Mangel an Geld die besetzten Stiefel erst am 15. Dezember abholen, wollte aber nur fünfzig zahlen, als die Reparatur im Oktober gefordert hatte. Der Meister verlangte jedoch eine der Geldentwertung entsprechende Aufwertung. Nun sagte der Kunde auf Herausgabe seiner Stiefel und behauptete in dem Zivilprozeß, daß damals ein fester Preis vereinbart worden war, was auch seine Buchhalterin eidlich bezeugte. Der Lehrling des Meisters beschwor jedoch, daß kein Preis festgesetzt worden war. Das Amtsgericht Königs-Wusterhausen hob dem Meister als Beklagten den Parteien zu und dieser schwor dasselbe, wie sein Lehrling. Infolgedessen ermannen er den Prozeß. Kaaß aber erstattete Anzeige wegen Meineides. In dem Ermittlungsverfahren gegen den Lehrling, der inzwischen von dem Meister entlassen und in die Fürsorgeanstalt zurückgekommen war, aus der er dem Meister in die Lehre gegeben worden war, daß er auf Anstiftung des Meisters die Unwahrheit geschworen hätte. Rechtsanwalt Dr. Meitenberg stellte unter Beweis, daß es sich um einen Raubakt des Lehrlings handelte, da der Meister ihn wegen Diebstahls entlassen hätte. Mehrere Zeugen bezeugten auch, daß der Lehrling eine Reihe von Unterschlagungen und Diebereien begangen habe. Der Lehrling jedoch, der jetzt vor Gericht ebenfalls als Angeklagter erscheint, blieb bei seiner Selbstbestätigung. Rechtsanwalt Dr. Steinfeld, der dem angeklagten Lehrling als Offizial-Berater beigegeben war, vertrat ebenfalls die Ansicht, daß dessen Angabe kein Schein sei und daß es sich um einen Raubakt des minderwertigen jungen Bürgers handelte, der die Tragweite seiner Handlungswelt nicht zu übersehen imstande sei. Staatsanwaltschaftstat Jügel hatte die Beurteilung beider Angeklagten beantragt. Auch das Schwurgericht kam zu der Überzeugung von der Schuld der beiden Angeklagten. Paulschus wurde wegen Meineids und Anstiftung dazu zu 2 Jahren, der Lehrling zu 1 Jahr Zuchthaus verurteilt. Beiden Angeklagten wurden die bürgerlichen Ehrenrechte auf 5 Jahre aberkannt und es wurde ihnen die dauernde Fähigkeit zur Eidesleistung abgesprochen. Außerdem wurden beide Angeklagten sofort in Haft genommen.

Mordprozeß Nögler wieder verlagert.

Heute sollte sich vor dem Schwurgericht des Landgerichts I Gertrud Nögler wegen ihrer Beteiligung an dem Raubmord, dem der Kaufmann Wolfner im Juni 1920 zum Opfer gefallen war, verantworten. Dieser Mord beschlagnahmt das Schwurgericht zum drittenmal. Wie erinnertlich war der Ermordete auf Anstiftung von Gertrud Nögler von ihrem Bruder und dem Drogeristen Bock, einem Bruder des Geschwisterpaars, unter der Vorspiegelung des Verkaufs von Brillanten in ein Hotelzimmer am Anhalter Bahnhof gelockt, dort mit Äther betäubt und von Bock umgebracht worden. Das Schwurgericht hatte die Angeklagten im Juni 1921 zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilt. Die von R. A. Dr. Wsberg eingeleitete Revision beim Reichsgericht hatte für die Geschwister Nögler den Erfolg, daß das Urteil gegen diese beiden aufgehoben wurde. Wegen Bock war das Urteil rechtskräftig geworden, er ist aber vor kurzem im Zuchthaus gestorben. Als dann das Geschwisterpaar von neuem vor den Geschworenen erschien, wurde Gertrud bei Beginn der Verhandlung von Krampfanfällen befallen, so daß sie verhandlungsunfähig erschien. Der Bruder ist dann zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilt und dieses Urteil ist auch rechtskräftig geworden. Gertrud Nögler verließ nachträglich in Geisteskrankheit und war 1½ Jahre in der Irrenanstalt, von wo sie kürzlich

wieder ins Untersuchungsgefängnis zurückkam. Wegen die Meinungsänderung des Termins hatte R. A. Dr. Wsberg Einspruch erhoben, weil das Gutachten der Irrenanstalt noch nicht vorliegt und es darauf ankommen werde, festzustellen, ob die Angeklagte überhaupt noch zur Verantwortung gezogen werden könne. Landgerichtsdirektor Dr. Schimma hat infolgedessen gestern den Termin aufgehoben.

20 Jahre Berliner Arbeiter-Jugend.

Keines der 25 Männlein, die vor 20 Jahren beifammenhaken, um den „Behringsverein“ in Berlin zu gründen, gab sich in diesem Augenblick Rechenschaft über die ungeheuren Wirkungen dieses Beginns. Mit diesen Worten leitete Genosse Max Peters einen Aufsatz ein, der in der Sonderausgabe des Groß-Berliner Mitteilungsblattes der Sozialistischen Arbeiterjugend zu finden ist. Zwanzig Jahre sind es jetzt her, daß sich beherzte Jungproletarier zusammenschlossen, um bessere Lebensbedingungen für unsere jugendlichen Arbeiter und Lehrlinge zu schaffen. Zwei volle Jahrzehnte, die gewaltige Veränderungen innerhalb der Jugendorganisation gebracht haben.

Die Groß-Berliner Arbeiterjugend wird diesen zwanzigsten Gründungstag festlich begehen. Sie hat u. a. eine Sonderausgabe des Mitteilungsblattes „Jugend voran“ herausgebracht. Max Peters schreibt darin über die Vorgeschichte der Berliner Jugendorganisation folgendes: Im Juni des Jahres 1904 beschloß die Selbstmord eines Schlosserlehrlings — Paul Kering — die Öffentlichkeit. Fortgesetzt keiliche und körperliche Mißhandlungen durch seinen Meister hatten den jungen Menschen veranlaßt, sich im Brunenwald zu erhängen. Dieser sinnfällige Ausdruck des Jugendleidens erregte zwar die Öffentlichkeit, doch wurde er im allgemeinen kaum in seinen tiefsten Ursachen verstanden. Lediglich in einer Zeitung, in dem vom Genossen Eduard Bernstein seinerzeit herausgegebenen „Neuen Montagsblatt“, bewertete ein Mitarbeiter, Rechtsanwalt Dr. Broh, daß derartige Vorkommnisse verhindert werden müßten, was vielleicht durch Schaffung von Lehrlingsvereinen geschehen könnte.

Brohs Gedanke, Lehrlingsvereine zu schaffen, veranlaßte den damals 16jährigen Lehrling Peters, dem „Neuen Montagsblatt“ einen Brief zu schreiben, in dem die Notwendigkeit eines Lehrlingsvereins näher begründet wurde. Eduard Bernstein druckte den Brief ab und mußte sich nun allerlei „nette“ Angriffe gefallen lassen. Jedoch die Diskussion über Bildung eines Lehrlingsvereins waren im Gange. Die Erwachsenen warnten zunächst, einen derartigen Verein ins Leben zu rufen. Besonders tat sich, hierbei die bekannte und inzwischen verstorbene Gewerkschafts- und Genossenschaftsführerin Helma Steinbach hervor, die dem Verein jede Lebenskraft von vornherein absperrte. Trotz dieses Pessimismus der Erwachsenen erschien im „Neuen Montagsblatt“ eine Aufforderung an die Jugendlichen zur Bildung eines Vereins der Lehrlinge und jugendlichen Arbeiter Berlins. Am 10. Oktober fand schon die „erste konstituierende Mitgliederversammlung“ statt. Weitere Versammlungen folgten. Der Verein wuchs und wurde bekannt. Am 17. November 1904 wurde dem Verein in der Delegiertenversammlung der Berliner Gewerkschaften nach einem heftigen Widerstand Tischendörfers auch die Sanktion der Gewerkschaften zuteil. Nun ging es an die Öffentlichkeit. Die erste öffentliche Versammlung fand an einem Sonntag nachmittags statt. In der Fortbildungsschulelehrer und Polizisten alles versuchten, sie noch in letzter Minute zu vereiteln, war die Versammlung außerordentlich stark besucht. Selbst auf den Fensterbrettern saßen und standen Jugendliche. Aber auch die christlichen Jünglingsvereine waren unter Führung des jetzigen deutschen Reichstagsabgeordneten Rumm, des Schmelzgerohmes des früheren Hofpredigers Stoeker, erschienen. Herr Rumm wollte auch schon damals zeigen, daß er „Rumm“ behielt und keine Rede so zu recht, daß Rärmigen unaußschießlich schienen, die eine Auflösung der politisch überwachenden Versammlung hätte zur Folge haben/müßten. Aber Rumm und seine Anhänger, die sich im Standarten einander überboten, hatten kein Glück damit. Genosse Peters schreibt darüber folgendes: „Nachdem ein Rärmwahrer an die frische Luft gefeiert, und der wie toll sich gebärdende Lizenziat zur Ordnung gezwungen war, sah dieser keinen Zweck vereitelt. Er verließ mit seinen Anhängern den Kampfplatz unter dem Gesang des Liedes „Frei dir im Siegertranz“. Die Einschließung des Lizenziaten Rumm erhielt keine Stimme. Der Erfolg der Versammlung waren 268 Neuaufnahmen.“ Doch die Gegner ließen nicht nach. Sie gaben

Das Rundfunkprogramm.

Donnerstag, den 23. Oktober.

Außer dem üblichen Tagesprogramm:
4.30—6.30 Uhr abends: Unterhaltungsmusik (Berliner Funkkapelle). Während der Pausen: 1. Ratschläge fürs Haus. 7.45 Uhr abends: Vortrag des Herrn Prof. Dr. Lowinsky: „Fantasie und Lüge im Seelenleben des Kindes“. 8.30—10 Uhr abends: Fröhliche Kunst aus der Biedermeierzeit. 1. a) Der Gottesdienst der Liebe, Saphir, b) Der rechte Barbier, Chamisso, c) Das verbotene Fluehen, Kopisch, d) Ein Leib und eine Seele, Glasbrenner (Emil Kühne, Rezitation). 2. a) Der kleine Fritz, Weber, b) Reigen, Weber, c) Ich schnitt es gern in alle Rinden ein, Schubert, d) Eine Berliner Grisette, Lortzing (Charlotte Freyer, von der Berliner Staatsoper, Gesang). 3. a) Ratskollegium, Eichendorff, b) Mamskätchen, Hoffmann v. Fallersleben, c) Friedrich des Zweiten Leibkutschler, Aug. Kopisch, d) Anskdoten aus Alt-Berlin, Glasbrenner (Emil Kühne, Rezitation). 4. Soirée de Vienne Nr. 6, Schubert-Liszt (Franziska Schotter, Klavier). 5. a) Mädel, du liegst mir im Sinn, b) Das Lied vom Canapé, c) Der schauderöse Ferdinand (Emil Kühne, Gesang zur Laute). 6. a) Vogellied aus der Gesangsposse „Die Mottenbürger“, Bial, b) „Ja, es lacht oft mein Mund“, aus „Lucinde vom Theater“, Conradi, c) „Ich schäm' mich so sehr“, Conradi, d) Schusterjungenkonzert (Charlotte Freyer, Gesang). 7. Soirée de Vienne Nr. 9, Schubert-Liszt (Franziska Schotter, Klavier). Am Schwochen-Flügel: Kapellmeister Otto Urack). Anschließend: Dritte Bekanntgabe der neuesten Tagessachrichten, Zeitanzeige, Wetterdienst, Sportnachrichten, Theatervorstellung. 10.30 bis 11.30 Uhr abends: Tanamusik.

Flugblätter heraus, beriefen Versammlungen ein, in denen dem neuen Verein der „Kampf bis aufs Messer“ erklärt wurde. Der Fortschritt der jungen Organisation konnte trotz dieser Schikanen und der der Handwerksmeister nicht gehindert werden. Wie die Handwerksmeister hier eingreifen wollten und sollten, darüber schreibt Peters folgendes: „Die Handwerksmeister wurden durch die Handwerkskammern und Innungen aufgefordert, den Lehrlingen den Organisationsgedanken mit dem Prügel auszutreiben. Allen voran ging der Obermeister der Tischlerinnung, Kahard, der einen Prügelstoß öffentlich bekannt gab. Das ist derselbe Kahard, der vor etwa einem Jahre wegen unerhörter Schleichungen seines Amtes entbunden wurde und sein sündhaftes Leben im Gefängnis beschließen muß.“ Auch in der bürgerlichen Presse wurde gegen den Behrlingsverein gehetzt, und die „Staatsbürgerzeitung“ ging sogar so weit, zu schreiben: „... Es scheint, daß man in unseren regierenden Kreisen erst dann zur Einsicht kommen werde, wenn es zu spät ist, wenn die Ministerstühle gestürzt sind, wenn die Throne wanken und trachten.“ Es würde hier zu weit führen, den weiteren Werdegang des Behrlingsvereins zu beschreiben. Der Verein konnte seinen Mitgliederbestand dauernd vergrößern. Bedrohten auch hier und da einmal Reinigungsverschiedenheiten die Einheitsfront, so wurden die Auseinandersetzungen dennoch stets auf gutlichem Wege beigelegt. Nachdem auch die erwachsene Arbeiterschaft eingeschrieben hatte, daß die Jugendorganisation eine Notwendigkeit ist, ging es vorwärts und aufwärts.

Heute steht die Jugendorganisation mächtig da. Viele Verbesserungen für die Jugendlichen konnten sie infolge ihrer Stärke erringen. Wenn nun am kommenden Sonntag die Groß-Berliner Sozialistische Arbeiterjugend sich im Großen Schauspielhaus versammelt, um den zwanzigsten Gründungstag festlich zu begehen, so werden sie auch daran denken, die damals in uneigennütziger Weise ihre Kraft dem Wohle der proletarischen Jugend gewidmet haben. Auch heute ringen in der größten deutschen Jugendorganisation die Geister miteinander. Reinigungsverschiedenheiten bestehen, die zeigen, wie in der Jugend immer neues Leben pulst. Auch diese Kämpfe werden, auf gutlichem Wege ausgetragen, zuletzt doch nur zu einer Stärkung der Arbeiterjugendbewegung führen. Der Jugend immer neues Leben pulst. Auch diese Kämpfe werden, auf gutlichem Wege ausgetragen und führen zuletzt doch nur zu einer Stärkung der Arbeiterjugendbewegung.

Auch Stadtverordnetenwahlen!

Die demokratische Rathausfraktion hatte beschlossen, einen Antrag einzubringen, nach dem die Wahlen zur Berliner Stadtverordnetenversammlung ebenfalls am 7. Dezember vorgenommen werden sollen. Die jetzige Stadtverordnetenversammlung ist am 16. Oktober 1921 gewählt, ihre Wahlperiode läuft danach normalerweise im Herbst des nächsten Jahres ab. Im Preussischen Landtag bestand eine Übereinkunft zwischen den Parteien, die neue Städteordnung am 1. April 1925 in Kraft treten zu lassen und Neuwahlen für sämtliche Gemeinden Preußens, also auch für Berlin an einem Tage — bis spätestens am 1. Oktober 1925 — vorzunehmen. Durch die jetzt beschlossene Auflösung ist es nicht mehr zu einer Verabschiedung der Städteordnung gekommen. Damit entfällt auch die erwähnte Vereinbarung und es bliebe bei der normalen Wahl für das Berliner Stadtparlament im Oktober 1925. Die Anregung der Demokraten scheint, nach der Presse zu urteilen, auf keine Gegenliebe bei den übrigen Parteien zu stoßen. Benigstens meldet die bürgerliche Presse übereinstimmend, daß „auf Seiten der bürgerlichen Fraktionen keine Religung besteht, die großen politischen Wahlen am 7. Dezember auch noch mit kommunalen Wahlen zu verquiden“. Es ist anzunehmen, daß diese Auffassung auch in der deutschen Nationalen (i) Presse vertreten wird. Auch wir sind der Meinung, daß eine Zusammenlegung der Berliner Stadtverordnetenwahlen mit den Reichstags- und Landtagswahlen äußerst ungewöhnlich sein würde. Die „Germania“ hat vollständig Recht, wenn sie betont, daß für die Kommunalwahlen eine intensive Aufklärungsarbeit in der Bevölkerung notwendig ist. Man kann nach den bisher vorliegenden Aufzeichnungen annehmen, daß der demokratische Antrag keine Mehrheit finden wird.

Der zweifelhafte Belastungszeuge.

Erinnerungen an den aufsehenden Raub im Juliusturm, bei dem Millionenwerte an rumänischen Lei entwendet worden waren, rief eine Verhandlung vor dem Schwurgericht des Landgerichts I zurid. Wegen Meineides war eine der Mitangeklagten aus dem Raubprozeß, die Ehefrau Frida Roth angeklagt, während als Belastungszeuge und Geschädigter ein anderer Mitangeklagter aus jenem Prozeß, der Kaufmann Walter Pingel, auftrat. Die Angeklagte Roth war damals wegen Hehlerei verurteilt worden, Pingel aber wurde freigesprochen. Nach dem Prozeß trat Frida Roth mit einer Schadforderung über 200 000 M. gegen Pingel auf. Dieser behauptete jedoch, daß die Angeklagten den Schad durch die Drohung erpreßt habe, daß sie ihn in dem Raubprozeß schwer belasten würde. In dem Zivilprozeß hatte die Angeklagte beschworen, daß der Schad eine Darlehensforderung betreffe. R. A. Dr. Schmoller war der Meinung, daß auf die Aussage Pingels, der in der ganzen Sache eine bedeutende Rolle gespielt habe, die Frau nicht ins Zuchthaus geschickt werden könne. Das Schwurgericht kam zu derselben Auffassung und sprach die Angeklagte frei.

Ein Straßenbahnunfall. Gestern abend fuhr in der Bealestraße in Lichterfelde-West ein Wagen der Linie 177 einen Möbelwagen an. Die Straße ist an der Unglücksstelle wenig beleuchtet. Der Straßenbahnwagen wurde an der Plattform stark eingedrückt. Mehrere Fenster Scheiben wurden zerplittert. Mehrere Personen wurden durch Schnittwunden verletzt. Das eine Pferd des Möbelwagens kam zu Fall und geriet unter den Möbelwagen.

Die Restaurationsräume im Berliner Gewerkschaftshaus am Engelwiler sind jetzt für die Sonntage erweitert worden. Die „Gabege“, die kürzlich die Verwaltung übernommen hat, hat für die Sonntagbesucher im ersten Stockwerk einen weiteren angenehmen Aufenthaltsraum geschaffen. Auch hier oben ist für musikalische Unterhaltung gesorgt.

Unverantwortlicher Leichtsin — anders kann man es nicht nennen — ist es, wenn Sie tage- oder gar wochenlang Ihren Mund und Ihre Zähne nicht richtig pflegen. Dabei haben Sie's so bequem: Sie spritzen ein paar Tropfen Odol in ein Glas warmes Wasser, rühren mit der Zahnbürste um, spülen und gurgeln damit nach Herzenslust und bürsten zum Schluß — besonders vor dem Schlafengehen — recht tüchtig Ihre Zähne. Sie werden sehen: Odol ist eine wundervolle Mund-Erfrischung und dabei weit sparsamer als alle Zahn-Pasten und Zahnpulver. Im Laufe der Jahrzehnte wurde Odol zum Kulturbegriff.

Nächtliches Abenteuer eines Königsberger Anwaltes.

Das nächtliche Erlebnis eines Rechtsanwalts, der aus Königsberg nach Berlin gekommen war, um sich hier einige „vergütete Tage“ zu machen, hatte für zwei Damen der Friedrichstraße ein böses Nachspiel in Gestalt einer Diebstahlsanklage. In der Nähe des Clou war der auf einer Kneiptour begriffene Rechtsanwalt in vorgerückter Nachtlunde von den beiden Prostituierten angeprochen und noch einem Absteigequartier in der Dorotheenstraße geführt worden. Dort angelangt, schien ihm die eine bei Licht weniger gut zu gefallen und er schickte sie wieder weg. Sie blieb vor der Tür, um auf ihre Freundin zu warten, die auch nach einer halben Stunde erschien. Nun hatte aber ein Kriminalbeamter die Spur der beiden verfolgt. Die eine von ihnen, eine Frau T., hatte sich vor einiger Zeit verheiratet und war infolgedessen von der Sittenkontrolle freigekommen. Gegen den Ehemann waren Ermittlungen im Gange, um ihn der schweren Zuhälterei anzuklagen. Der Beamte beobachtete, daß die beiden Frauen sich vor der Tür einen ansehnlichen Geldbetrag teilten. Da Frau T. ohnehin als gemeingefährliche Diebin bekannt war, suchte er den Rechtsanwalt in seinem Hotelzimmer auf. Auf die Frage, ob ihm nichts weggenommen sei, erwiderte der Gast schlaftrunken: „Nein, es ist alles in Ordnung.“ Der Beamte ließ aber nicht locker und schließlich sagte der Rechtsanwalt schlaftrunken: „Nun, dann sehen Sie doch selbst in meiner Brieftasche nach.“ Deutlich stellte sich heraus, daß 500 M. verschwunden waren. Am nächsten Morgen wurde bei Frau T. Hausdurchsuchung gehalten. Sie hatte schon ihre Miete bezahlt und noch 90 M. in der Tasche, gab auch zu, daß sie ihrer Freundin T. für das Warten 90 M. gegeben hatte. Frau T. war nunmehr wegen Diebstahls, ihre Freundin wegen Hehlerei angeklagt. Das Amtsgericht Mitte verurteilte die erstere auch zu einem Jahr Gefängnis, sprach aber die zweite Angeklagte frei, da es als gerichtsnötig anzunehmen wurde, daß derartige „Provinzanklets“ mit dem Gelde sehr leichtsinnig umzugehen pflegen, so daß die T. annehmen konnte, daß der freigelegte Gast ihr für das Warten vor der Haustür 90 M. mitgebracht habe. Gegen diese Freisprechung legte der Staatsanwalt sofort Berufung ein.

Personalabbauverordnung und Provinzialschulkollegium.

Die an und für sich schon geringen Rechte der Städte an den von ihnen unterhaltenen Schulen und besonders an den höheren sind durch die Personalabbauverordnung noch verringert worden. Die Schulaufsichtsbehörden können „im Interesse der Personalverminderung“ ohne Zustimmung der beteiligten Unterhaltungssträger Leiter und Lehrer von staatlichen Schulen an städtische verlegen (§ 63 der preussischen P.S.). Der Fall läge z. B. vor, wenn eine staatliche Schule einginge und der Leiter und die Lehrer an anderen staatlichen Schulen nicht untergebracht werden können. Das Berliner Provinzialschulkollegium hat nun aber den Direktor des staatlichen Lyzeums und Oberlyzeums in Frankfurt a. d. O. mit Rücksicht auf die gesellschaftliche Stellung eines seiner Familienangehörigen an die städtische Berliner Sophienschule auf Grund der Personalabbauverordnung verlegt. In die in Frankfurt a. d. O. dadurch frei gewordene Direktorstelle ist der Stud. enrat einer staatlichen Schule berufen worden. Der Bezirkschulaußenrat von Alt-Berlin, der sich auf Antrag des Genossen Stadtorordneten Dr. Witte mit dieser Angelegenheit in seiner letzten Sitzung beschäftigte, trat einstimmig dessen Ansicht bei, daß die Verlegung eine Verletzung der Personalabbauverordnung sei und beschloß, die erforderlichen Schritte zu tun.

Der Straßenbahnverkehr im Nordosten.

Man schreibt uns: Die Verkehrsverhältnisse nach dem Nordosten der Stadt, insbesondere nach der Landsberger Allee und Hohenschönhausen nehmen immer gefährlichere Dimensionen an. Kein Tag, ja keine Stunde vergeht, wo nicht Streit zwischen Fahrgästen und den gänzlich unschuldigen Schaffnern und Führern entsteht. Kürzlich ist es gegen 7 1/2 Uhr auf der Linie 66 unweit der Tilsiter Straße sogar zwischen einem Fahrgast und einem Schaffner zu bedauerlichen Tätlichkeiten gekommen. Motor- und Anhängewagen waren derart überfüllt, daß niemand mehr mitkam. Trotzdem versuchten an der Haltestelle einige Damen dies, mußten aber wieder absteigen, weil sie den Trittbrett zur Fahrt benutzen wollten. Ein jüngerer Mann wollte den Vorderperron, auf dem er mit Rot und Mühe stehen konnte, trotz mehrfacher Aufforderung des Schaffners nicht mehr verlassen, so daß ihn der Schaffner sanft herunterzog. Kaum aber hatte der junge Mann das Straßenniveau erreicht, verfiel er dem 12 Jahre im Dienst befindlichen Schaffner unverhofft eine Ohrfeige; daß sich dies der Schaffner nicht gefallen ließ, ist erklärlich. Das öffentliche Interesse erfordert hier unbedingte sofortige Abhilfe dieser der Straßenbahn nicht un-

kannten Ständischen Zustände. Die Verkehrspolizei mag sich diese Zustände einmal näher ansehen. Sie spottet jeder Beschreibung. Wo früher 6 Linien (58, 64, 65, 75, 81 und 164) notwendig waren, will man heute den Verkehr mit 2 bzw. 3 Linien aufrechterhalten, und mit den wenigen Einseglern ist nicht viel zu erreichen!

Zwei Nächte Gleisperre auf der Stadtbahn.

In den Nächten vom Donnerstag zum Freitag, also vom 23. zum 24., und von Freitag zum Sonnabend, also vom 24. zum 25. d. M. wird wegen Ausführung umfangreicher Arbeiten im Stadtbahnnetz 3 — Richtung Charlottenburg-Schlesischer Bahnhof — zwischen den Bahnhöfen Bellevue und Lehrter Stadtbahnhof dieses Gleis vor Eintritt der Betriebspause für die Züge, die nach 12 Uhr 55 Minuten die Arbeitsstelle besahren, gesperrt. Als letzter Zug über Gleis 3 verkehrt der Zug 2953 nach Lichtenberg-Friedrichsfelde, ab Charlottenburg 12 Uhr 40 Minuten. Die weiteren noch bis zum Betriebschluß verkehrenden Züge werden zwischen Charlottenburg und Schlesischer Bahnhof über das Ferngleis 1 geleitet. Die Zwischenbahnhöfe Sablquaplatz, Tiergarten, Bellevue, Lehrter Stadtbahnhof, Vörse und Jannowbrücke sind für diese Züge vom Verkehr ausgeschlossen, aber durch Rückfahrt von dem vorgelegenen Fernbahnhöfen mit einem Stadtbahnzuge auf Gleis 4 ohne Nachzahlung zu erreichen.

Wucherzinsen in Pfandleihen.

Wir berichteten kürzlich über die unerhört hohen Zinsen, die in der staatlichen Pfandleihanstalt den Darlehensnehmern abgefordert werden. Hierzu schreibt man uns, daß in privaten Pfandleihen noch viel höhere Zinssätze vorkommen. Bei einer privaten Pfandleihe wurden einem Geldbedürftigen, der auf einen als Pfand hingebenen Anzug ganze 5 Mark erhalten hatte, nach zwei Monaten 125 Mark Zinsen berechnet. Die Umrechnung auf ein volles Jahr ergibt 7,50 Mark Zinsen, d. h. bei 5 Mark Darlehen 150 Prozent. Derselbe Pfandleihe belief ein Paar Schuhe mit 4 Mark und forderte für zwei Monate 1 Mark Zinsen, das sind bei Umrechnung auf ein volles Jahr 6 Mark, also wieder 150 Prozent. Über selbst das gilt noch als „bescheiden“ gegenüber den Zinssätzen, die für einige einmonatige Darlehen berechnet wurden. Auf eine silberne Uhr gab diese Pfandleihe 3 Mark und an Zinsen für einen Monat berechnete sie 70 Pfennig, das bedeutet für das Jahr 8,40 Mark oder 280 Prozent. Sie belief ein Kleid mit 2 Mark und berechnete die Zinsen für einen Monat mit 50 Pfennig, so daß mit 6 Mark für das Jahr volle 300 Prozent Zinsen erreicht werden.

Solche Zinssätze sind allerdings ein Skandal, der „zum Himmel schreit“. Sie gehen weit über die für Pfandleihen durch die Behörde festgesetzten Höchstzinssätze hinaus, die schon unbegreiflich hoch sind. Die Pfandleihen dürfen rechnen: bei Darlehen bis zu 30 M. als Zinsen pro Mark und Monat 10 Pf., aufs Jahr umgerechnet 120 Proz., bei Darlehen über 30 M. als Zinsen pro Mark und Monat 9 Pf., aufs Jahr umgerechnet 108 Proz. Wo diese doch wahrhaftig mehr als reichlichen Zinssätze noch überschritten werden, ist Meldung bei der Wucherabteilung des Polizeipräsidiums zu empfehlen.

Lösche trocken.

Wenn man die Anpreisungen der vielen Fabriken, die Handfeuerlöcher herstellen, ohne weiteres Glauben schenken wollte, könnte man zu der Ueberzeugung kommen, daß Brände überhaupt nicht mehr möglich sind. Offenbar verlangen somit Glauben die Fabriken aber gar nicht; sie wollen durch die Tat die Güte ihrer Fabrikate beweisen, und deshalb veranstaltete auch kürzlich die Total-Feuerlöcher-Gesellschaft in Gegenwart vieler Interessenten und der Presse eine Löschprobe. Die Total-Löscher sollen besonders Entzündungsbrände schnell und sicher löschen. Das wurde nicht nur von dem Brandmeister der Gesellschaft, sondern auch von Herren aus dem Publikum schnell erreicht. Ein wächtig brennender Holzstoß war in etwa 5 Sekunden abgelöscht, und auch bei Feuer- und Flüssigkeitsbränden war das Feuer sehr bald erlosch. Die Apparate löschen „trocken“, d. h. durch den Druck ausströmender Kohlendioxid wird ein Pulver gegen den Brandherd geschleudert, das nun seinerseits auch wieder noch Kohlendioxid entwickelt. Die Kohlendioxid füllt infolge des hohen Strömungsdruckes die Luft um den Löschernden fort ab, so daß ein guter Schutz vor der Brandhitze erreicht wird. Leider sind die Apparate immer noch zu teuer, als daß sie auch der kleine Mann für den Haushalt erwerben könnte. Für diesen Zweck etwas Billiges und doch Brauchbares zu schaffen, sollten sich die Fabriken angelegen sein lassen.

Das Landesarbeitsamt Berlin, Fachabteilung für die Wohlfahrtspflege und für weibliche Angehörige geistiger Berufe, hat jetzt seine Geschöftsräume in Berlin W. 9, Eichhornstraße 1 (Hauptausgang durch Bezirksamt Tiergarten, Hanfa 2700), Sprengelstunden sind Mittwoch und Freitag von 2 bis 6 Uhr nachmittags, an den anderen Tagen der Woche außer Sonnabends von 10 bis 12 Uhr.

„Die Lebensgemeinschafts-Schule“ ist der Name für ein Mitteilungsblatt der neuen Schulen in Deutschland, das monatlich einmal bei Selbstkosten, herausgegeben von Fritz Karsen Berlin und Johannes Heinemann unter Mitwirkung von Wilhelm Paulsen erscheint. Die neue Zeitschrift dient in erster Linie dem Austausch praktischer Erfahrungen und die bisher erschienenen Hefte zeigen in lebensvollen Berichten, wie freudig und tatkräftig in den neuen Schulen in Hamburg, Bremen, Berlin, Magdeburg, Sachsen, Thüringen u. a. gearbeitet wird. Lehrer, Eltern und Elternbeiräte, die allgemein wertvolle, praktische Erfahrungen aus den neuen Schulen mitteilen wollen, sind zur Mitarbeit eingeladen. Der Vierteljahrspreis beträgt 0,50 M. Bezug direkt vom Verlag oder durch die Post.

Die Junglehreerlagung des Lehrerverbandes Berlin, die im Lehrervereinshaus stattfand, erörterte eingehend die Notlage der Stellunglosen Junglehrer. Außerdem sprachen unter anderem Geheimrat Dr. Korfädi über Ziele und Wege der Lehrerfortbildung und der 2. Vorsitzende des Deutschen Lehrerverbands Wolff über die Aufgabe des Junglehrers als Erzieher und Mitarbeiter im Volksschule. Der Bericht über die Notlage der Junglehrer gab erhellende Beispiele, wie der heilige Lehrernachwuchs sich sein Brot verdienen muß. Viele arbeiten als Maurer, Fleischer, Stredenarbeiter, Bergmann, Kohlenträger, Porengewerke, Reisender usw. Im wohnungslosen Junglehrer nicht im Wohl für Obdachlose unterbringen zu müssen, hat der Berliner Lehrerverein eine eigene Herberge eingerichtet.

Belehrungsausschuss Groß-Berlin. Am Sonntag, den 26. Oktober, nachmittags 3 Uhr, im Theater des Westens: „Madame Legros“, von Heinrich Mann. Karten zum Preise von 90 Pf. sind noch an der Kasse zu haben. — Am Sonntag, den 9. November, Proletarische Feiern und zum Gedenken an den 9. November 1918. Preis pro Karte 1 M. — Am Sonntag, den 16. November, nachmittags, im Deutschen Opernhaus: „Rigoletto“. — Am Sonntag, den 2. 9., 16. und 30. November, im Theater des Westens: „Wozzeck“, von Büchner. Preis pro Karte 90 Pf. — Karten für alle Veranstaltungen sind zu haben im Bureau des Beiratsbildungsausschusses, Lindenstr. 3, 2. Hof 11. Vormittagsbuchhandlung, Lindenstr. 2, Hauptgeschäfts von Horst, Engelauer 24/25 (Gewerkschaftshaus), in allen „Vorwärts“-Expeditionen sowie bei allen Deputierten der Beiratsbildungsausschüsse.

Achtung! Die Ordner der proletarischen Feiern treffen sich am Sonntag, den 26. Oktober, nachmittags 8 Uhr, an den bekannten Stellen zur Feiernstunde der Sozialistischen Arbeiterjugend.

Vollzugsamt Potsdam. Dieser Vollzugsabend am Freitag, den 24. Oktober, abends 8 Uhr, in der Volkshaushalle, Lindenpromenade. Koncert des Bläser-Orchesters unter Leitung seines Dirigenten, Herrn Generalmusikdirektor Kopsch. Eintrittspreis 1,20 M. — Für Mitglieder der Stadtgemeinde 75 Pf.

Die sozialen Voraussetzungen für die Kultur der Gegenwart. Ueber dieses Thema spricht in der Reihe der von Beiratsmitgliedern veranstalteten „offenen Abende“ am Donnerstag, abends 8 Uhr, im Institut für Erziehung und Unterricht, Volldamer Str. 100, Herr Dr. Bruno Rau e. c. In diesem Abend wird sich auch eine freie Aussprache dem Vortrag anschließen. Der Eintritt ist frei.

Der erste Schnee. Der erste Schnee ist auf den Höhen des Thüringer Waldes, namentlich auf dem Stulzenhaus und Umgebung gefallen.

Die erste elektrische Eisenbahn in Eßland, die zugleich die erste in den baltischen Staaten ist, wurde vor kurzem eröffnet. Die Länge der Strecke beträgt 11,5 Kilometer und verbindet Tallinn (Reval) mit Paasikule. Die Bahn wird von einer elektrischen Kraftstation in der Nähe von Tamana, 60 Kilometer von Reval, mit elektrischem Strom versorgt. Die Gesamtkosten der Eisenbahn betragen 36 Millionen estländische Mark. Die Bahn wird schätzungsweise 2,5 Millionen Personen jährlich befördern können.

Jugendveranstaltungen.

Heute, Donnerstag, den 23. Oktober, abends 7 1/2 Uhr: Schulbrüderverein L. Schule Götterburger Str. 2, Vortrag: „Was ist Sozialismus?“ — Schwarmgänger, Rathaus, Berthold Platz, Vortrag: „Ernst Toller und sein Werk.“ — Lehrlings-Schule, Wilhelmstraße, Vortrag: „Die Revolution am 9. November 1918.“

Achtung, Abteilungsleiter! Die Notizen für die Feiernstunden müssen unbedingt morgen, Freitag, abgerechnet werden.

Kuchen ist billig
und doch von großem Nährwert, wenn er nach
Dr. Oetkers Rezepten
gebacken wird. Man versuche
Apfelfuchen sehr fein

125 g Margarine à Pfd. 0,60	M. 0,15
125 g Zucker à Pfd. 0,40	„ 0,10
3 Eier à 12 Pfg.	„ 0,36
200 g Weizenmehl à Pfd. 0,20	„ 0,08
1 Packchen von Dr. Oetker's „Backin“	„ 0,08
1/2 - 3/4 Liter Milch à Liter 0,22	„ 0,05
750 g (1 1/2 Pfd.) geschälte Äpfel	„ 0,30
	M. 1,12

Zubereitung. Butter und Zucker rührt man schaumig und fügt nach und nach das Eiweiß, das mit dem Backin gemischte Mehl und soviel kalte Milch hinzu, daß man einen zarten Teig bekommt. Zuletzt rührt man den Eierschnee unter die Masse und füllt diese in eine geölte Springform, hierauf belegt man den Teig mit den geschälten und in 6 Stücke geschälten Äpfeln, bestreut ihn mit Zucker und backt ihn etwa 1/2 Stunde. — An Stelle der Äpfel kann man auch mit durchschnittenen, entsteineten Zwetschen belegen.

Verlangen Sie vollständige Rezeptbücher in den Geschäften, wenn vergriffen, durch Postkarte gratis und franko von
Dr. A. Oetker, Nahrungsmittelfabrik, Bielefeld
* Eingetretene Preisschwankungen sind zu berücksichtigen.

Edelster Deutscher Weinbrand
Scharlachberg
Meisterbrand

Weinbrennerei Scharlachberg A.-G., Bingen am Rhein
Filiabureau Berlin: Berlin W. 57, Kurfürstenstraße 28.

Alles kennt zum
Total-
Ausverkauf

wegen vollständiger Aufgabe
der Konfektion-Abt.
Leipzigerstr. 65

Reisen

Beginn Montag,
den 20. Oktober

Der Geheimbund der Freischärler.

Die Landsknechte und ihr Consul.

Die geheime Sitzung dauerte fast zwei Stunden bis gegen 2 Uhr nachmittags. Während dieser Zeit entwickelte Kapitänleutnant a. D. Hoffmann in aller Ausführlichkeit die Vorgänge, die zur Gründung der Organisation Consul führten. Diese Angelegenheit hat schon einmal die Gerichtsbehörden beschäftigt. In Düsseldorf wurde im Verlauf eines von den Franzosen eingeleiteten Spionageverfahrens den Angeklagten, die sämtlich Mitglieder der O. C. waren, Dinge zur Last gelegt, die zum Teil in Oberschlesien, zum Teil an Rhein und Ruhr sich abgespielt hatten und die nach Ansicht der französischen Richter in ursächlichem Zusammenhang miteinander standen. Ueber die gestrige Geheimverhandlung läßt sich nur andeutungsweise sagen, daß der Inhalt der Hoffmannschen Schilderung über die O. C. und die Ereignisse in Oberschlesien sich mit den Befundungen der Angeklagten in jenem Düsseldorfer Prozeß deckt, allerdings wohl mit dem Unterschied, daß in Düsseldorf die Angeklagten sich hinsichtlich der

find, noch bevor am 15. September 1920 die Satzungen der Organisation Consul endgültig genehmigt worden waren. — Angekl. Rautter: Das ist richtig. — Vors.: Es ist doch aber nicht zu leugnen, daß Sie

vor allem die Verfassung bekämpften, wie aus allen Nummern des „Wiking“ hervorgeht. Das geschah, obwohl Ihre Statuten angeblich nicht feststanden. — Rechtsanw. Dr. Sad: Ist es richtig, Herr v. Killinger, daß Sie nach der Rückkehr aus Oberschlesien im Juni strenge Anweisungen ausstellten, die der Angeklagte Müller zum Ausbau einer

Staatskommission für die öffentliche Ordnung Mitteilung, daß die Regierung über das Wesen und die Ziele der Organisation Consul nicht im Klaren sei. Herr Wolf — das war damals Ehrhardts Deckname — drückte allen Unterführern seine Anerkennung aus. — Angekl. Hoffmann: Dieses Rundschreiben ist nicht von mir verfaßt, sondern von einem anderen Herrn. — Rechtsanw. Dr. Sad: Dieses Schreiben ist doch nur ein Beweis dafür, daß die Organisation Consul ihre Rüstungen für die Regierung (?) so geheim getrieben hatte, daß nicht einmal einzelne Regierungsstellen genau über den Stand der Dinge im Bilde waren. Der Präsident schloß darauf die Sitzung und vertagte sie auf Donnerstag morgen 9 Uhr.

Bindungen, die zwischen der O. C. und verschiedenen Stellen bestanden

haben, sich gewisse Einschränkungen in ihren Befundungen auferlegt hatten. Vor dem Staatsgerichtshof scheint dagegen gerade über diesen Punkt gestern ziemlich eingehend gesprochen worden zu sein, um so mehr als die Verteidigung aller Angeklagten auf der Behauptung basiert, daß sie mindestens zur Zeit der mittel-deutschen und polnischen Kustände den Glauben haben konnten, man stehe an „maßgebender Stelle“ der O. C. nicht feindlich gegenüber.

Nach einer einstündigen Mittagspause wurde dann um 3 Uhr nachmittags die öffentliche Verhandlung wieder aufgenommen.

Als nächster Angeklagter wurde Kapitänleutnant Rautter vernommen. Er schilderte, wie er in Dachau bei München Ehrhardt zufällig (?) auf der Straße getroffen habe und von ihm aufgefordert worden sei, in nationalem Sinne zu arbeiten. Es habe sich dabei um die Bearbeitung der Presse und um die Herausgabe eines Buches gehandelt. Vors.: Haben Sie nicht den Wikingbund gegründet? — Angekl.: Nein, das ist wohl eine Verwechslung mit der Zeitschrift „Wiking“. — Vors.: Wir haben die

Satzungen dieses Geheimbundes.

der sich zur Aufgabe gemacht hatte, Deutschland von allem Undeutschen, vom Kommunismus und Judentum zu befreien, der den Verfall der Friedensverträge zerschlagen wollte. § 7 der Satzungen besagt, daß bei Aktionen sich jeder hinter die Führung zu stellen habe. Jeder habe sich einem Ehrenrat zu unterstellen und Satisfaktion zu leisten. Fremdrassige sind ausgeschlossen, und jeder Aufzunehmende habe ein Kassebekenntnis abzulegen. Verräter verfallen nach § 10 der Feme. Niemand dürfe Führer oder Kameraden verraten. — (Zum Angeklagten): Davon ist Ihnen nichts bekannt? — Angekl.: Nein! — Vors.: Diese Satzungen stimmen mit denen der O. C. genau überein und sind

in Ihrer Wohnung gefunden worden.

Angekl. Müller: Es handelt sich darum, daß damals junge Leute nach Oberschlesien gehen wollten, aber sie verlangten, daß anständige Leute neben ihnen ständen. Ich selbst habe einen Teil der Satzungen entworfen. — Vors.: Was bedeutet „Consul“? Was wollten Sie damit sagen? — Angekl. Rautter: Gegen Ehrhardt schwebten Strafverfahren. Deshalb nannten wir ihn und redeten ihn mit „Consul“ an. Die Freikorps sind ja auch nach ihren Führern benannt worden. — Vors.: In den Satzungen der O. C. heißt es, daß

die Organisation Consul gegen die Weimarer Verfassung, die Sozialdemokratie und das Judentum kämpfe, daß eine restlose Kollaboration Deutschlands unmöglich gemacht werden

müsse und daß gegen eine Selbstentmannung Deutschlands anzukämpfen sei. Die O. C. sei eine Geheimorganisation und als solche ein Machtfaktor, wenn das Reich das erfordere. Jedes Mitglied schulde seinem Vorgesetzten Gehorsam. Juden oder Fremdrassige seien von der Aufnahme ausgeschlossen. Die Mitgliedschaft erlösche durch den Tod, durch Ungehorsam oder freiwilligen Austritt. Jedes Mitglied sei zum Schweigen gegen jedermann verpflichtet. Verräter verfallen der Feme. Aus diesen Satzungen, Herr Hoffmann, geht doch klar hervor, daß Sie die Weimarer Verfassung bekämpften. — Angekl. Hoffmann: Nach Erfüllung unserer militärischen Mission wollten wir einen Verband mit vaterländisch-politischen Aufgaben schaffen. Den Ausbruch „antinationale Weimarer Verfassung“, den wir damals prägen, bitte ich nicht als definitiv zu betrachten, denn die Parteien waren über die Verfassung selbst noch nicht einig. — Vors.: Kam Ihnen nicht zum Bewußtsein, daß Sie mit dem Wort „antinationale Verfassung“

eine starke Staatsfeindschaft bekannnten?

Sie haben doch das Ansehen der Regierung damit direkt untergraben. — Angekl.: Nein, denn wir haben das öffentlich behandelt. Das ist doch kein Untergraben. — Vors.: Doch, denn Sie haben ja Ihre Organisation streng geheimgehalten und so gegen die Regierung gewöhlt. Angekl.: Die beste Organisation, die es gab, war wohl die deutsche Armee, und obwohl man dort schärfsten Gehorsam forderte, war doch kein klassischer Gehorsam möglich, der etwa bedingungsloses Unrecht fordern konnte. — Vors.: Die Armee war der Staat. Sie aber waren der Staat im Staat. — Angekl. Hoffmann: Wir brachten den unbedingten Gehorsam, um den überannhmenen Verpflichtungen gerecht zu werden. — Vors.: Warum sollten Verräter der Feme verfallen? — Angekl.: Das bedeutete, daß Verräter „cum infamia“ weggelegt wurden. Auf ihnen sollte wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Boykott liegen. — Vors.: War das nun ein geheimes Mittel? — Angekl.: Das weiß ich nicht, da niemand uns zur Seite stand. — Vors.: Unter Feme versteht man ganz etwas anderes. Es heißt doch, wenn man den mittelalterlichen Begriff betrachtet, daß Verräter „toll gemacht werden“. Es ist verständlich, wenn in der Presse diese Meinung aufkam. — Angekl.: So konnte es Außenstehenden erscheinen, aber diese Satzungen, die man beschlagnahmte, waren doch nur ein Entwurf. — Vors.: Herr v. Killinger, wer hat denn den in Frage kommenden Satzungenentwurf gemacht? — Angekl.: Das waren Rautter und ich. — Angekl. Müller: Ich betone, daß diesem Satzungenentwurf rein militärische, nicht politische Ziele zugrunde lagen. — Vors.: Es ist eine bewusste Hege, wenn ein Geheimbund seine Mitglieder zwingt, derartige Zeitschriften wie der „Wiking“ oder Flugblätter zu halten oder zu lesen. — Angekl. Rautter: Dazu ist niemand gezwungen worden. — Rechtsanw. Dr. Luettegbrunne: Alle diese Erklärungen lassen sich dahin formulieren, daß im Sommer 1920 die Organisation Consul noch im Gründungsstadium war, daß bis zum September nach den Statuten jedoch nicht versahren ist. — Vors.: Herr Hoffmann, ist das richtig? — Angekl. Hoffmann: Gehorsam wurde auch damals gefordert, und an einigen Stellen mögen wohl Verpflichtungen dazu vorgenommen worden sein. Forderung nach Gehorsam war in die Praxis umgesetzt worden. — Rechtsanw. Dr. Luettegbrunne: Ich bitte zu fragen, ob nicht die Arbeiten in der am Vormittag besprochenen Weise durchgeführt worden

Heldenspieler Ehrhardt.



„Könnte ich nicht den Wallenstein bei Ihnen spielen, Herr Direktor?“

„Dafür reicht wohl Ihre Figur nicht ganz, mein Bester. Aber nächstens geben wir die „Räuber“, da könnten Sie vielleicht die Rolle des Schufferte übernehmen.“

bestimmten Stelle, darunter auch Herrn Rautter, überbrachte? — v. Killinger: Jawohl. Angekl. Hoffmann: Der Satzungenentwurf ist auch einem beschränkten Kreis von Unterführern zugänglich gemacht worden. — Vors.: Am 5. Juni 1921 hat die Hauptleitung in München einen Befehl an die Unterführer erteilt, die monatlichen Nachweise der Stärke aller Formationen vorzulegen. Dann sind geheime Schriften verfaßt worden, die Zahlen statt Worte zeigten, die jedoch nach einem Wörterbuch leicht zu entziffern waren. Das alles deutet doch darauf hin, daß eine festgefügte Organisation bereits im Sommer 1920

bestand, nicht, wie hier behauptet wird, eine lose Vereinigung. So heißt es z. B. in einem Befehl, daß in Telegrammen oder im öffentlichen Briefverkehr nicht das Wort „Consul“ verwendet werden sollte. — Rechtsanw. Dr. Sad: Herr v. Killinger,

Sie hatten doch bei einer ganz bestimmten Stelle ständig über die Durchführung der übernommenen Aufgaben zu berichten.

War das ohne Bericht an die Unterstellen möglich? — Angeklagter v. Killinger: Nein. Die Geheimchrift ist nicht erlaunlich, da Chiffrierung bei uns Marinisten gang und gebe war.

Der Vorsitzende verlas daraufhin die Entwürfe zur Organisation Consul, die am 15. September auf der Tagung in München behandelt werden sollten. Die militärische Leitung sollte Herr v. Killinger übernehmen. — Rechtsanw. Riethammer: Es wird über die Organisation Consul hier lang gestritten, wann sie begründet wurde. Die Hauptsache aber ist, daß die Organisation Consul bestanden hat und geheime Ziele neben der Abwehr in Oberschlesien hatte. — Rechtsanw. Dr. Luettegbrunne: Interne Ziele, die der Regierung geheimgehalten werden sollten, bestanden damals nicht.

Der Vorsitzende ging dann auf den Verdacht der Teilnahme der O. C. an der

Er mordung des Reichsministers Erzberger

ein und stellte fest, daß die Leiter der Organisation Consul wegen dieses Verdictes mehrere Monate in Haft gewesen seien. Der Hauptangeklagte Hoffmann erklärte, daß mit dem Eingreifen des badischen Staatsanwalts nach der Ermordung Erzbergers für ihn die Organisation Consul erloschen sei. Er habe sich nie wieder um die Organisation gekümmert. — Vorsitzender: Ertrifft denn nun nicht der Mann die Füge, der doch dauernd im Hintergrund stand, nämlich Herr Ehrhardt? Er hat doch im November 1921 noch

sich energisch um die Finanzierung der O. C. bekümmert und sich an den bayerischen Ministerpräsidenten gewandt, um zu erreichen, daß die völkische Industrie Mittel, die für die Organisation Consul dienen sollten, an die Adresse des Sanitätsrats Piffinger in München senden sollte.

Angekl. Hoffmann: Davon höre ich heute zum erstenmal. — Vors.: Wir haben auch noch andere Beweise, daß die Organisation Consul weiter bestanden hat und nicht, wie Sie sagen, durch den Eingriff der Staatsanwaltschaft aufgelassen ist. Wir liegt hier ein Schreiben des Angeklagten Biebig vor, der sich damals „Dr. Vogt“ nannte und der in chiffrierter Form die Bezirksleiter warnte, sie sollten sich auf Hausdurchsuchungen gefaßt machen. — Der Angeklagte Biebig behauptet hierzu, daß er nicht die Bezirksleiter der Organisation habe warnen wollen, sondern lediglich seine alten Kameraden vor Unannehmlichkeiten schützen wollte. — Vors.: Dann hat das Gericht weiter ein Schreiben des Angeklagten Hentke, das von der Zentrale München aus an die Thüringer Organisationen gegangen war, im Besitz. In diesem Schreiben heißt es, daß die Organisation Consul formell aufgelassen sei, daß aber eine „kameradschaftliche Organisation ehemaliger Frontkämpfer“ gebildet werden müsse. Gleichsam auch als Erklärung findet sich in diesem Schreiben, das der Angeklagte Hentke verfaßt hat, noch der Satz: „Offensichtlich sind wir aufgelöst; was wir im geheimen sind, muß jeder am besten wissen.“ Angeklagter Hoffmann: Auch dafür kann ich nicht verantwortlich gemacht werden. Für mich als Leiter der Organisation Consul war die Organisation eben erledigt. — Vors.: Ich möchte Ihnen dann noch vorhalten, Herr Hoffmann, daß Sie am 7. Juli 1921 ein Rundschreiben verfaßt haben, das ebenfalls in Geheimchrift abgefaßt war und das die Nummer „U 130“ trägt. In diesem Rundschreiben heißt es, Sie hätten aus Berlin über den

Endkampf im Landtag.

Die Deutschnationalen wollen Sebering fützen. — Die Kommunisten helfen mit!

Im weiteren Verlauf der Landtagsitzung kritisiert beim Haushalt für den Landtag

Abg. Frau Wolfstein (Komm.) das Verhalten des Präsidenten Reineri. Die Kommunisten verlangten seine sofortige Amtsenthebung, Einsetzung eines Untersuchungsausschusses und Einleitung eines Disziplinarverfahrens. (Großer Lärm im Hause.)

Abg. Orsini (Soz.) spricht unter andauerndem Lärm der Kommunisten diesen das Recht ab, über Reineri zu urteilen.

Abg. Dr. Deereberg (Dnat.): Zu der Korruption haben die Kommunisten ihr gut Teil beigetragen. Der Redner hält den Kommunisten, die seine Ausführungen mit großem Lärm begleiten, vor, daß sie die Räume des Hauses unter dem Schutz der Immunität mißbraucht hätten.

In der weiteren Auseinandersetzung über diese Angelegenheit beteiligen sich die kommunistischen Abgeordneten Dr. Meyer-Ostpreußen und Frau Wolfstein, sowie der deutschnationale Abgeordnete Dr. Deereberg. Mehrere Kommunisten werden wegen beleidigender Zureufe gegen den Abg. Dr. Deereberg zur Ordnung gerufen. Der Haushalt des Landtags wird genehmigt.

Den Haushalt des Staatsrats lehrt Abg. Dr. Meyer-Ostpreußen (Komm.) ab, während Abg. Dr. Hoffmann-Münster (Dnat.) bemerkt, daß der Staatsrat nach Auffassung keiner Partei eine Staatsnotwendigkeit sei. Der Haushalt wird bemittelt.

Zum Haushalt für das Staatsministerium und den Ministerpräsidenten hat die deutschnationale Fraktion

ein Mißtrauensvotum gegen den Ministerpräsidenten Braun, den Minister des Innern Severing, den Handelsminister Siering und den Landwirtschaftsminister Dr. Wendorf

eingebracht, das vom Abg. Bohem (Dnat.) besonders mit Rücksicht auf die Zustände im Saargebiet (1) und im besetzten Gebiet (1) begründet wird.

Abg. Dr. Meyer-Ostpreußen (Komm.) will dieses Mißtrauensvotum auch auf den Justizminister ausgedehnt sehen und erstarrt die Zustimmung der Kommunisten zu dem deutschnationalen Antrag.

Abg. Dr. Wimmer (D. Vp.) erklärt, daß seine Partei dem Mißtrauensvotum nicht beitreten könne, da ja doch am 7. Dezember des Volk die Entscheidung falle.

Der Haushalt wird angenommen, über das Mißtrauensvotum wird am Donnerstag abgestimmt werden.

Der Haushalt des Finanzministeriums wird angenommen, nachdem Abg. Ebersbach (Dnat.) Beschwerden über die Behandlung der Beamten erhoben und Abg. Dahlem (Komm.) die Abfindung der Hohenzollern kritisiert hatten.

Zum Haushalt des Ministeriums für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung verzieht eine ganze Reihe Redner auf das Wort. Abg. Allan (Komm.) führt aus, die Schule sei zu einem Instrument der Unterdrückung der Arbeiterklasse geworden; für die Kirche habe man dagegen eine freigebige Hand. Abg. Deje (Dnat.) bedauert das Nichtzustandekommen des Reichsschulgesetzes. Abg. Boh (Komm.) bestreitet, daß der Evangelische Bund konfessionelle Hege treibe. Der Kultushaushalt wird angenommen, ebenso noch kurzer Erwähnung der Haushalt der Allgemeinen Finanzverwaltung und des Haushaltsgeheim.

Finanzminister Dr. v. Richter teilte mit, daß eine neue Grundsteuer vorbereitet werde.

Nächste Sitzung: Donnerstag 12 Uhr (dritte Beratung des Haushalts). — Schluß: 3 Uhr.

Wirtschaft

Der Börsenumsatzstempel.

Die Bestrebungen, eine Herabsetzung des Börsenumsatzstempels herbeizuführen, haben zu der bekannten Demonstration der Berliner und zu einer gleichartigen Kundgebung der Kölner Börse am Montag geführt. Sie sind inzwischen nicht zur Ruhe gekommen. Mit erneuitem Eifer arbeiten die Börslaner darauf hin, daß diese Steuer aufhöre oder wenigstens ermäßigt wird. Die Arbeiterschaft kann an diesen Forderungen nicht achtlos vorübergehen.

Die Börsensteuer wurde in Deutschland deswegen so stark erhöht, weil in der Justiz alle übrigen Besitzsteuern mehr oder minder versagten. Sie beträgt bei einem doppelten Umsatz eines Banknotens heute 34 vom Tausend gegen 0,9 vom Tausend vor dem Kriege. Händler zahlen den geringeren Stempel von 4 v. T. für ein Geschäft gegen 0,3 v. T. vor dem Kriege. Würdigt man diese Sätze rein objektiv, so kann man keinesfalls zu dem Ergebnis kommen, daß sie zu hoch sind. Der Aktienkäufer, der ein Papier nur deshalb erwirbt, weil vielleicht daran 3,4 Proz. zu gewinnen sind, der Händler, der ein Vermittlungsgeschäft eingeht, bei dem nicht mehr als ein Viertel Prozent Profit winkt, sind beide immerhin Seltenheiten. Das muß doch einmal offen ausgesprochen werden. Höher sind aber die Beträge, die der Staat für sich beim Börsenumsatz beansprucht, nicht.

Bedenkt man hingegen, wie hoch der Verbrauch heute beläuft ist, der bei dem geringsten Wareneinsatz mindestens 4 Proz. Umsatzsteuer bezahlen muß, dem Lohnabzug unterliegt und alle möglichen indirekten Abgaben außerdem zu tragen hat, so kann keineswegs davon die Rede sein, daß die Börse mit Steuern überlastet ist. Wenn man trotzdem das glaubt, so hätte man mindestens Vorschläge zu machen, in welcher anderen Weise der Besitz für die Ausfälle haften soll, die bei einer Ermäßigung der Börsenumsatzsteuer entstehen. Es handelt sich dabei immerhin um erhebliche Beträge. Beachte doch beispielsweise der Börsenumsatzstempel im September allein 12,9 Millionen Goldmark und in der ersten Hälfte des laufenden Steuerjahres 60,5 Millionen Goldmark. Aber in

diejenige ist das Vertrauen der Börse nicht weniger unbillig als das jener Deutschnationalen, die gleichzeitig von Staat und Gemeinden die Aufwertung der öffentlichen Anleihen verlangten, ihnen aber die Steuern am liebsten zuweigen möchten.

Ueberhaupt besteht zwischen den Deutschnationalen und der Börse bekanntlich ein enger Zusammenhang. Die Aufwertungsforderungen dieser Partei waren es, die die Hausse am Rentenmarkt herbeigeführt haben und die an der Börse Millionen gewinnend auf Kosten der verarmten Rentner möglich machten. Denn diese Kreise wollten ja nicht eine Entschädigung derjenigen, die durch die Inflation um ihre Spargroschen betrogen waren, sondern vielmehr eine allgemeine Aufwertung, die die Gewinne der Spekulanten sicherstellen sollte. Es ist bezeichnend genug, daß eines der führenden Börsenblätter seit einiger Zeit die Börseninteressenten in keinem politischen Teile mit allen möglichen völkischen Phrasen füttern darf. Tatsächlich war auch die Hoffnung vieler Leute, die am Montag die Proletkumgebung veranstalteten, der Eintritt der Deutschnationalen in die Regierung. Die Hoffnung ist durch die Auflösung des Reichstags vereitelt worden, und freilich ist es an der Börse womöglich noch stiller als vorher.

Einen berechtigten Kern hat die Kundgebung insofern, als es auf die Dauer unerträglich ist, wenn der Kapitalumlauf in Deutschland stärker belastet wird als im Ausland. Die Folge davon müßte sein, daß ein Teil des deutschen Kapitals sich ausländischen Börsenplätzen zuwendet, wo die Börsenbesteuerung wesentlich niedriger ist. Die Arbeiterschaft hat aber das größte Interesse daran, daß die deutschen Unternehmungen nicht durch künstliche Hemmnisse des Kapitalverkehrs um die Möglichkeit der Kapitalbeschaffung gebracht werden. Infolgedessen betrachten wir hohe Börsenumsatzsteuern als ein Uebel. Das Uebel ist nur leider notwendig, solange die Gesamtbelastung des deutschen Volkes mit Steuern derart schwer ist wie heute und solange kein Ersatz für den Ausfall von Börsensteuern durch andere Besteuerungen geschaffen ist. Sonst würde die vorzeitige Reduktion der Börsensteuer nur eine weitere Verschiebung der Steuerbelastung des deutschen Volkes zugunsten des Reiches herbeiführen.

Bei ernsthafter Ueberlegung kann kein Mensch glauben, daß eine Ermäßigung oder gar eine Befreiung des Börsenstempels eine wesentliche Beseitigung des Börsenverkehrs in Deutschland herbeiführen wird. Denn es gibt noch eine ganze Reihe von anderen Gründen, die den Börsenumlauf hemmen. Es ist ja schließlich auch der Börse nicht unbekannt, daß wir in Deutschland ein Kapitalmangel haben. Bei Kapitalmangel oder sind lebhaftes Börsenumlauf nicht möglich. Es ist schließlich auch der Börse bekannt, daß die außerordentlich willkürliche Aufstellung der Goldbilanzen und ihre Hinauszögerung den Aktieninteressenten jede Möglichkeit nimmt, den voraussichtlichen Ertrag einer Kapitalanlage in Aktien einigermaßen zu berechnen. Man darf sich dann nicht wundern, daß Leute, die sichergehen wollen, lieber ihr Geld auf Bankkonten legen lassen oder in Wechseln anlegen. Dabei bleiben in der Regel wenigstens unliebsame Ueberzahlungen und Verluste erspart. Unter diesen Umständen aber die Börsensteuer allein für das Dankvermögen des Börsenverkehrs verantwortlich zu machen, dazu gehört schon die einseitige Einstellung der Interessenten, die wir bei Steuerpraktischen nachgerade gewohnt sind. Im übrigen sind auch in der Zeit der hohen Börsensteuern von gewissen Börseninteressenten recht gute Geschäfte gemacht worden, wo der Markt gerade günstig lag. So groß ist jedenfalls die Notlage der Börse noch nicht, daß sie auf Kosten des übrigen Volkes Steuergeschäfte brauchen. Gerade in Börsenkreisen wird die Propaganda der Rechtsparteien, die auf einen Ausbau der direkten Steuern hinausläuft, lebhaft unterstützt. Man sieht die Herren können auch anders: sie verlangen den Abbau indirekter Steuern, wo diese den Besitz belasten, und können sich dabei nicht nur dem sonst so verführerischen Mittel eines Streiks, der in diesem Falle sogar ein politischer Streik ist. Uns kann es gleich sein, womit Börsen sich die Zeit vertreiben, wenn nichts zu tun ist. Warum sollen sie nicht auch streiken? Sie werden sich schon davor hüten, wenn das Geschäft lebhafter wird. Denn einen Streik, der etwas kostet, verträgt diese Sorte Marginalisten ja nicht. Immerhin wird man sich das Vorkommnis merken müssen für den Fall, daß Unternehmer die Berechtigung von Streiks in allgemeinen bestreiten sollten.

Die Umgestaltung der Rentenbank.

Die von der Rentenbank gegebene landwirtschaftlichen Kredite von rund 780 Millionen müssen bekanntlich in einem Zeitraum von drei Jahren getilgt sein. Als Stützpunkt für die Profingationen ist jetzt der 21. Oktober 1924 bestimmt worden. Von diesem Tage an beginnen also die Fristen zu laufen.

Diese Festsetzung der Fristen hängt mit der Genehmigung der neuen Satzungen der Rentenbank zusammen. Sie am 21. Oktober durch die Reichsregierung erfolgt ist. Die Entwicklung zum Agrarkreditinstitut, dem u. a. die landwirtschaftlichen Kredite unterstellt werden, soll sich nun wie folgt vollziehen: Die industriellen und anderen Gruppen scheiden mit Beginn der Liquidation aus dem Aufsichtsrat, und der verbleibenden Landwirtschaft soll bereits eine Umlegung über die

Abfindungssumme usw. erfolgt sein. Die landwirtschaftlichen Anteilhaber treten auf Einladung der Rentenbank am 11. November zu einer Generalversammlung zusammen, die die Wahl eines neuen Aufsichtsrats vornimmt und über die Errichtung einer Deutschen Rentenbank-Kreditanstalt Beschluß fassen soll.

Bei dieser Gelegenheit ist festzustellen, daß die Umgestaltung der Rentenbank zu einem Agrarkreditinstitut nicht ohne weiteres erfolgen darf. Der Reichstag hat seine Zustimmung nur zu dem Gesetz gegeben, das die Liquidation der Rentenbank vorsieht. Die Uebertragung der Rentenmarkhypotheken auf eine staatlich privilegierte Landbank, wie sie jetzt geplant zu sein scheint, bedarf erst noch der Zustimmung der gegebenen Körperlichkeiten. Der Ausfall der Reichstagswahlen wird darüber entscheiden, ob den politisch rechtsgerichteten Kreisen der Landwirtschaft eine solche ökonomische Macht in die Hände gespielt werden soll.

Energiepolitik.

Im Haushalt jedes einzelnen, jedes Unternehmens, in wachsendem Maße auch der Landwirtschaft, spielen die Kosten der Energie, die die heutige Technik uns in Form von festen Brennstoffen, Öl, Gas, Elektrizität, Wärme, Licht und Kraft zur Verfügung stellt, eine große Rolle. In vielen und gerade den wichtigsten Industrie- und Transportunternehmungen bilden die Ausgaben für Energie einen Selbstkostenanteil in der Größenordnung der Löhne. Es ist deshalb ersichtlich, daß Kaufleute und Verwaltungsbeamte fast allgemein den Fragen des bestmöglichen Haushaltes mit der Energie verhältnismäßig viel zu geringe Aufmerksamkeit schenken.

In einem sehr beachtlichen Vortrag vor der „Deutschen Gesellschaft“ gab Dipl.-Ing. Zur Redden Montagabend einen Ueberblick über die Mittel und Wege, die es Deutschland ermöglichen, durch Herabsetzung des Energiekostenanteils je Stück Fertigfabrikat unsere Wettbewerbschwierigkeiten angesichts der großen Reparationslasten erheblich zu mildern. Wir wollen dabei nicht wieder den Fehler begehen, alles Heil von einer Senkung der Energie (Kohlen, Strom, Gas usw.) Preise und der Transportkosten dieser Energieträger zu erwarten. Selbst ein weiterer Ausbau von Wasserkraften über die im Gange befindlichen Arbeiten hinaus kann wesentliche Erleichterung nicht bringen, da sie billigere Energie auch nicht zu liefern vermögen.

Ziel richtiger und ausichtsreicher sind die Wege, die dazu führen, den Bedarf an hochwertigen Kohlen zur Energieerzeugung und den Verbrauch an Energie in Stück erzeugter Ware zu vermindern.

Hierfür entwickelte der Vortragende im einzelnen ein klares energiepolitisches Programm: Brennstoffe verbrennen, bessere Wärmewirtschaft treiben, die Kohle nicht verbrennen, sondern vorher unter Gewinnung der chemischen Wertstoffe entgasen oder auch vollständig vergasen. Die einzelnen Forderungen, und die Konsequenzen daraus sind den Fachleuten geläufig, die technischen Verfahren heute fertig entwickelt, die Organisationen zu ihrer Durch-

Preisnotierungen für Nahrungsmittel.

Durchschnittseinkaufspreise in Goldmark des Lebensmittel-Einzelhandels je Zentner frei Haus Berlin.		Kakao, fettarm	
Gerstengraupen, lose	18,50—24,50	Kakao, leicht entölt	75,00—96,00
Gerstengraupen, lose	17,50—18,00	Kakao, leicht entölt	100,00—120,00
Hafersfloeken, lose	21,00—22,50	Tea, Souchon, gepackt	320,00—400,00
Hafersgrütze, lose	20,50—22,50	Tea, Indischer, gepackt	400,00—470,00
Roggenmehl 0/1	18,75—20,00	Inlandszucker basis mel.	33,25—35,00
Weizengrieß	21,00—23,00	Inlandszucker Raffinade	—
Haarigrieß	24,75—26,00	Zucker Würfel	42,00—48,00
70% Weizenmehl	18,00—20,00	Konstanz	39,00—42,00
Weizen-Auszugmehl	21,00—27,00	Zuckersirup hell in Elm.	40,00—45,00
Speiseerbsen, Viktoria	18,00—24,00	Speisesirup dunkl. in Elm.	27,00—31,00
Speiseerbsen, kleine	16,00—18,50	Marmelade Eintr. Erb.	90,00—95,00
Bohnen, weiße, I.eri	22,00—24,75	Marmelade Viertrucht	40,00—
Langbohnen, handverles.	25,00—32,00	Pflaumenmus in Eimern	43,00—47,00
Linsen, kleine	18,50—25,50	Steinsalz, in Säcken	3,10—3,60
Linsen, mittel	31,00—37,50	Siedesalz in Säcken	3,70—4,20
Linsen, große	37,50—51,00	—	4,40—5,60
Kartoffelmehl	17,75—19,50	—	5,20—5,80
Makkaroni	43,00—46,00	Bratenschmalz in Tierces	99,50—101,50
Makkaronimehl	38,00—46,00	Bratenschmalz in Kübeln	101,00—102,00
Schmittmehl, lose	2,00—28,00	Purelard in Tierces	—
Bruchreis	17,50—18,00	Purelard in Kisten	96,00—98,50
Ransoon Reis	19,00—20,00	Speisetalg in Packung	65,00—66,00
Tafelreis, glasiert, Patna	24,25—32,00	Speisetalg in Kübeln	—
Tafelreis, Java	32,75—39,00	Margarine, Handelsm. I.	66,00—
Ringspitel, amerik.	38,00—90,00	desgl. II	60,00—63,00
Getr. Pflaumen 90/100	40,00—45,00	Margarine, Spezialm. I.	80,00—84,00
Pflaumen, entsteint	54,00—61,50	desgl. II	69,00—71,00
Cal. Pflaumen 40/50	60,00—65,00	Molkereibutter Ia i. Fass.	222,00—226,00
Rosinen in Kisten, Candia	60,00—70,00	Molkereibutter I. Pack.	230,00—234,00
Sultaninen Caraburu	75,00—90,00	Molkereibutter Ia i. Fass.	190,00—200,00
Korinthen, choice	70,00—78,00	Molkereibutter I. Pack.	190,00—210,00
Mandeln, süße Bari	175,00—185,00	Auslandbutter in Fässern	238,00—244,0
Mandeln, bittere Bari	175,00—185,00	Corned beef 12 1/2 lbs p. K.	37,00—42,00
Zimt (Cassia)	106,00—118,00	Aust. Speck, geräuchert	103,00—120,00
Kümmel, holländischer	55,00—65,00	Quadratkäse	80,00—85,00
Schwarzer Pfeffer Singap.	108,00—115,00	Tilsiter Käse, vollfett	120,00—125,00
Weißer Pfeffer	150,00—155,00	Bayr. Emmenthaler	160,00—170,00
Rohkaffee Brasil	195,00—220,00	Echter Emmenthaler	175,00—185,00
Rohkaffee Zentralamerika	230,00—295,00	Aust. ungeräuch. Condens-	—
Rohkaffee Brasil	240,00—290,00	milch 4 1/2	21,00—23,50
Rohkaffee Zentralam.	310,00—375,00	Inländische desgl. 4 1/2	16,50—19,25
Röstgetreide, lose	20,00—21,00	Inl. gezuck. Condensm. 4 1/4	25,00—26,00

führung an sich vorhanden. Allerdings fehlen uns noch vielfach die zahlenmäßigen Unterlagen für eine zweckmäßige allgemeine Energiepolitik in Gestalt einer gut entwickelten Energie-Statistik, wie sie die Hauptwettbewerbstaaten zu ihrem Vorteil bereits besitzen. Damit unter den gegebenen Umständen das Ziel: Verbilligung unserer Produktion unter Berücksichtigung zwangswirtschaftlicher Wege so schnell erreicht wird, wie es unsere Notlage erfordert, ist ein Zusammenwirken der Ingenieure, Kaufleute und Verwaltungen in öffentlichen und privaten Betrieben und laufende Verständigung zwischen den verschiedenen Zweigen der Energiewirtschaft (Kohlen-, Wärme-, Gas-, Elektrizitäts- und Wasserwirtschaft) erforderlich.

Dieser Weg wird in unseren Hauptwettbewerbstaaten mit wachsender Bestimmtheit eingeschlagen. Wir besitzen in den technisch-wirtschaftlichen Sachverständigenausschüssen der „Kammer der Kohle“, des Reichsrohstoffrates, eine geeignete neutrale Organisation, die diese Aufgabe zu erfüllen berufen ist und sich bereits große Verdienste erworben hat.

Damit die Arbeiten dieser „Beratung teurerer Energiewirtschaft“ unter Vermeidung behördlichen Zwanges zum Ziele führen, bedürfen sie des Vertrauens der Öffentlichkeit, der Unterstützung der Industrie und besserer Unterlagen über den Energiebedarf. Der Vortragende schloß seine mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Ausführungen mit einem Appell an die beteiligten Verwaltungs- und Wirtschaftskreise, zu den bezeichneten Zielen einmütig zusammenzuwirken.

Umschwung am Eisenmarkt. Wie die „Deutsche Bergwerkszeitung“ schreibt, hat die Einleitung von Verhandlungen zur Bildung von Eisenverbänden am Eisenmarkt einen plötzlichen Umschwung hervorgerufen. Die Werke haben erhebliche Aufträge hereinnehmen können und dürfen durchweg bis Ende des Jahres beschäftigt sein. Die Belegung der Nachfrage hat sich auf das Preisniveau bisher nur in verhältnismäßig geringem Maße auswirken können. Zurzeit sind bei effektiven Abschüssen etwa folgende Durchschnittspreise zu ermitteln: Halbzeug, Rohblöcke 92,50 M., Knüppel 101—102 M., Stabeisen 112 M., Universaleisen 125—126 M., Bandblech 150—160 M., Grobbleche 128 M., Feinbleche 160—170 M. Ueber die Gründe des Tendenzumschwungs ist man geteilter Auffassung. Es scheint sich diesmal weder um eine Händlerkaufe, noch um eine Meinungsäußerung der Werke zu handeln. Beträchtigt werden muß der Erfolg der deutschen Aaleihe, ferner die Bestellungen des Eisenbahn-Zentralamts, die höchstwahrscheinlich in dieser Woche herauskommen; ferner die für die nächste Zeit zu erwartenden größeren Reparationsaufträge für Serbien.

Die Konvention der Berliner Brauereien, die jetzt ablaufen sollte, ist nach längeren Verhandlungen gestern auf die Dauer von zwei Jahren verlängert worden.

Die Krise in der Schuhindustrie. Infolge der brutalen Lohnpolitik der Unternehmer und der überhöhten Preise für Lebensmittelpolitik ist die starke Absatzlücke eingetreten, die eine große Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit herbeiführten und so den Warenmarkt weiter einengte. Die weitere Folge war, daß jetzt selbst die Waren des täglichen Bedarfs keine Käufer fanden. Obwohl inzwischen eine leichte Besserung des Arbeitsmarktes zu verzeichnen ist, dauerte die Krise in der Schuhindustrie mit unerminderter Schwärze fort. Aus einem der Hauptorte der deutschen Schuhfabrikation, Virmasens, wird jetzt gemeldet, daß dort von 80 000 Bewohnern 20 Proz. erwerbslos sind. Eine Schuhfabrik nach der anderen muß ihren Betrieb stilllegen. Erst vor einigen Tagen haben wiederum acht Schuhfabriken geschlossen. Bedauernd ist, daß die Arbeiter beim Amtsgericht beantragen mußten, daß über einen Betrieb der Konkurs verhängt wird, weil er seit Wochen an die Arbeiter nur noch Abschlagszahlungen leisten kann.

Für Annahme des deutsch-spanischen Handelsvertrages. Die Solinger Industrie- und Handelskammer hat vorerst ein dringendes Telegramm an die Reichsregierung gerichtet, in dem sie für die Annahme des deutsch-spanischen Handelsvertrages eintritt. Sie hat sich außerdem nochmals an alle Abgeordneten des betreffenden Reichstagsauschusses gewandt und die günstigen Wirkungen dargelegt, die die Annahme des deutsch-spanischen Handelsvertrages für die Kleinindustrie mit sich bringen würde.

Geringe Preislenkung im Großhandel. Die auf den Stichtag des 21. Oktober berechnete Großhandelsindexziffer des Statistischen Reichsamtes ergibt gegenüber dem Stande vom 14. Oktober (1923) einen weiteren Rückgang um 0,8 Proz. auf 131,1. Gehten den 130,7 auf 129,1 oder um 1,2 Proz., davon die Gruppe Getreide und Kartoffeln von 122,0 auf 119,5 oder um 2,0 Proz., ferner die Gruppe Textilstoffe von 185,1 auf 184,8 oder um 0,2 Proz. Die Gruppe Kohle und Eisen war mit 121,9 unverändert. Die Inlandswaren gaben von 126,4 auf 125,1 oder um 1 Proz. und die Einfuhrwaren von 161,5 auf 160,7 oder um 0,5 Proz. nach. — In den Kosten der Lebenshaltung, die auf den Kleinhandelspreisen beruhen, ist von der geringen Preislenkung im Großhandel noch nichts zu spüren.

Billige Preise für vornehme Winterkleidung

- Herren-Ulster, mod. verarb., mit Rückenfalt u. Gurt, in viel Stoffart, Must. u. Farben 70.— 65.— 58.— 45.—
- Herren-Paletots, ein- und zweireihig, aus marengo Cheviot und schwarz u. grau Eskimo m. Samtkragen, je nach Qualität und Art 90.— 70.— 65.— 50.—
- Herren-Schlüpfer aus Fischgrät- und Diagonalstoffen, in guter haltbarer Qualität 72.— 65.— 58.— 45.—
- Gabardine-Winter-Ulster neueste Mode, Ersatz für Maß, Verarbeitung teilweise in Biedermeierform, teilweise in Sportform mit 4 aufgesetzten Taschen und herumgehendem Gurt 95.— 90.— 85.— 72.—
- Jackett-Anzüge für Herren, aus blauem und braunem Cheviot, 22.—
- Jackett-Anzüge Nadelstreifen in verschiedenen Farben und auch andere Muster 40.—
- Jackett-Anzüge Ersatz für Maß aus besten Stoffen, Form und Verarbeitung nach neuestem Schnitt, elegant 68.—
- Gabardine-Anzüge aus einfarb. u. gestr. best. Stoff, in elegantester Ausführung 98.—
- Smoking und Abendanzüge in eleganter Ausführung 95.—

- Cutaway u. Westen, a. marengo u. schw. Cheviot u. Foulrestoff, Preis je n. Qualität 65.— 50.— 48.— 40.—
- Herren-Gummimäntel, aus Nessel, Körper, Covercoat, Double u. Grätenstoffen mit bester Gummierung je nach Qualität und Art 33.— 28.— 25.— 21.— 16.—
- Herren-Gabardinemäntel, in Schlüpfer- u. Taillenform, modern verarbeitet 98.— 85.— 68.—
- Lodenmäntel f. Damen u. Herren aus imprägniertem Strichloden in grau, grün u. braun 43.— 35.— 30.— 27.— 24.— 21.—
- Winterjoddenjoppen I. Interimsform aus festem Lodenstoff, warm gefüttert 27.— 24.— 18.—
- Winterjoddenjoppen, Interimsform, a. fest. Trikotod. i. viel. Farb. 30.—
- Winterjoddenjoppen in Sportform mit Vorder- u. Rückenfallen u. herumgeh. Gurt aus Stoffen verschiedener Art und Qualität von Sportanzüge, 3teilig a. Homesp., Cord, Wipcord, je nach Qualität und Genre 36.—

- Sportanzüge, 4teilig, besteh. aus Sportjoppe, Weste, Breeches und langer Hose aus braunem, grauem u. grün. festen Cordstoff gearbeitet 75.—
- Damen-Lederjoppen, fescho Wiener Fass. a. gut. braun. Leder v. 100.—
- Fahr- od. Automäntel, elegante Formen aus braun. Nappaleder von 205.—
- Wirtschaftspelze mit Kaninfütterung 46.—
- Sportpelze, braunmellierte Stoffbezüge mit Kaninfütterung und Schalkragen 95.—
- Sportpelze, grau mellierte Stoffbezüge mit Skunks-Kanin gefüttert u. Opossumschalkragen 120.—
- Gehpelze, schwarzer Tuchbezug, mit Kaninstüekenfutter und Seal-Electrik-Rollschalkragen 205.—
- Chauffeurmäntel a. grau. Duffel mit warmem Futter und Aermelwindschutz 65.—
- Jünglings-Sportanzüge mit Breecheshose, in vielen Qualitäten und Mustern, 21.—

- Anzüge aus Cottbusser gewirmt. Cheviot eisenf. Qual., i. Streif- u. Karomust. Herrenanzüge, Sportform, dreiteil. 50.—
- Gr. 38—44 in Sport- u. Jackettform 30.—
- Gr. 10—12, Sportform 33.—
- Gr. 7—9, Sportform 30.—
- Jünglings-Winterulster Größe 38/43, streng modern 27.—
- Knaben-Wintermäntel in geschmackv. Dessins und Formen, Größe 0 18.—
- Jede weit. Gr. erhöht sich entsprech. 18.—
- Knaben-Anzüge, Sportf., a. grauen u. mellierte Stoff, Gr. 7-12 1/2, Gr. 3-6 6.—
- Knaben-Pyjacks, warm gefüttert Größe 0/3, in guten Qualitäten 12.—

Nacktpelze
für die Landbevölkerung, Chauffeurs, Kutscher, Mitfahrer, Wächter und andere, äußerst gut geeignet

- Serie I gebrauchte 25.—
- Serie II gebrauchte 35.—
- Serie III wenig gebrauchte 45.—
- Serie IV neue 75.—

Die Pelze sind vom Umtausch ausgeschl.

In unserer Modellanstellung bringen wir eine Ausstellung vornehmer Sport-, Geh- und Damenpelze, Besichtigung ohne Kaufzwang erbeten.

Manchester-Anzüge, Herr., Jackett 36 ganz gef., m. Breeches u. dreit. Gurt

Maßbekleidung in hervorragender Ausführung sehr preiswert

Herrenlederjoppen für Auto- und Motorsport in flatter Form, braun 92.— . . . schwarz von 65.—

Baer Sohn A. G.

Eigene Kiewerwerke
Chausseestraße 29-30

Jagd-Anzüge mit Knickerbocker- od. lang. Hose, aus schwer. Winterloden in versch. Farb. 65.— 53.— 48.—

